

2/95

trend

Herausgegeben
von der

Die Bezirksleitung der GEW-Kreuzberg hat beschlossen, diese Ausgabe des TREND einstampfen zu lassen. Wir halten die LeserInnen für fähig, selber zu entscheiden, was sie lesen wollen. Deshalb erscheint diese Ausgabe in unserer persönlichen Verantwortung. Das Impressum auf S. 27 ändert sich daher in den ersten drei Zeilen und lautet: Dieser TREND wird herausgegeben von Detlev Kretschmann, Günter Langer, Karl-Heinz Schubert c/o GEW Berlin, Ahornstr.5, 10787 Berlin.

NICHT VERGESSEN: AM 21.6.95 GEW LISTE 1



Themen dieser Ausgabe

Berufsverbot
"Neues" Denken
Religionsunterricht
Lebenskunde
Personalratsarbeit

21.6. GEW LISTE 1



Editorial

Freund und feind werden sich freuen: Pünktlich kurz vor dem großen sommerloch erscheint endlich wieder ein regulärer TREND. Die letzten beiden nummern mußten kurzfristig und verkürzt aufgrund außergewöhnlicher ereignisse, die fälschlicherweise die „Marzahner“ genannt wurden, als extra-blätter herausgegeben werden.

Auch dieser neue TREND muß leider noch einmal auf die folgen dieser vorfälle eingehen. Es stellt sich nämlich immer mehr heraus, daß zwar „Marzahn“ schlimm genug war, aber daß „Kreuzberg“ weit schlimmeres in petto hatte: Die querelen an der 2. OH, mobbing vom feinsten.

Eine detaillierte chronik können wir diesmal zwar nicht bieten, aber in mehreren beiträgen könnt ihr euch informieren über den stand des prozesses gegen die schüler der 2. OH, über das drohende berufsverbot gegen Evi Grünberg, über Evis bildungskonzept, und ihr könnt eine einschätzung unseres wackeren layouts über den bewußtseinsstand und die gemütslage an der 2. OH lesen.

Der 1. Februar hat uns nun doch das Landesschulamant (LSA) für unbestimmte zeit gebracht. Auch der 10. Mai hat mit dem spruch des Berliner Verfassungsgerichts keine abhilfe geschaffen. Wir bieten deshalb einen ersten bericht zu den erfahrungen mit dieser behörde.

Die lange angemahnte und versprochene kritische würdigung der Kreuzberger personalratspolitik kann endlich beginnen. Es ließ sich leider kein vorstandsmitglied gewinnen, das dies angepackt hätte, aber einer unserer redakteure ist ja seit knapp zwei jahren einfaches mitglied in diesem netten gremium. Seine reflektionen nun in diesem heft, bevor er den Kreuzberger PR in richtung berufsschul-PR (sofern gewählt) verläßt.

Besondere beachtung fand seit November 1989 im TREND das nationale bewußtsein. Diese tradition ist häufig auf heftige kritik gestoßen. Nun ist uns inzwischen der 8. Mai zum 50. mal nach dem sieg der alliierten über den deutschen faschismus überkommen. Viele Kreuzberger kollegInnen, schülerInnen und eltern haben an verschiedenen gedenkveranstaltungen rund um diesen termin teilgenommen. Dennoch scheint uns ein persönliches resumé zu Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück etc. nicht überflüssig. Der autor stammt, nicht ganz zufällig, ebenfalls aus dem redaktionskreis.

Die kriege in der ehemaligen Sowjetunion, in Jugoslawien, in Kurdistan und anderswo haben im TREND bislang keinen niederschlag gefunden. Auf der Landesdelegiertenversammlung (LDV) der GEW-Berlin haben Kreuzberger kollegInnen einen antrag zu Kurdistan eingebracht. Wegen zeitlicher knappheit wurde der antrag nicht behandelt und an den landesvorstand zur beschlußfassung überwiesen. Bei redaktionsschluß stand noch nicht fest,

ZeugInnen gesucht !!!!

siehe dazu S. 22/23

Heft Nr. 2/95 (Juni 1995) 11. Jahrgang

Seiten 3-4

Ilse Schaad über 100 Tage LSA

Seiten 5-7

Günter Langer zu Praxis und Geschichte der Personalratsarbeit

Seiten 8-9

Detlev Kretschmanns antinationaler Standpunkt

Seiten 10-11

Cyrill Pech über Marzahn und Faschismus

Seite 12-15

Keine Kriminalisierung unser Schüler

Seite 16

Beschluß und Brief in Sachen Berufsverbot

Seiten 17-18

Karl-Heinz Schubert über die 2.OH

Seiten 19-20

Evelyn Grünbergs Tätigkeitsbericht

Seite 21

Der Lebenskundelehrer Frank Rieleit berichtet

Seiten 22-23

Materialien aus der LDV

Seite 24

BREAK stellt sich vor

Seite 25

Peter Thiel zum Elend der Staatsschule

Seiten 26-27

Erhard Laubes und Frido Tietges Briefe und das Impressum

wie über den antrag entschieden wurde. Wir dokumentieren ihn. Stellungnahmen sind ausdrücklich erwünscht.

Weitere themen sind bitte dem inhaltsverzeichnis zu entnehmen. Die leserbriefe sind naturgemäß nicht mehr 100%ig aktuell. Wir drucken sie dennoch ab, da wir den schreiberInnen grundsätzlich dankbar für ihre reaktion sind und wir nichts unterdrücken wollen, auch nicht die recht herbe kritik an der letzten regulären TREND-nr. 2-94 (die gelbe) und der Kreuzberger bezirksleitung durch den GEW-Berlin vorsitzenden Erhard Laube. Dieser brief ist aus unserer sicht insofern interessant, als er zeigt, daß es von außen betrachtet opportun sein kann, die GEW-Kreuzberg und den TREND als eine einheitliche masse zu beschreiben, die sich dementsprechend auch undifferenziert der kritik zu stellen hat. Wir entsprechen Erhards wunsch, seinen brief unkommentiert abzudrucken. Dieses heft hat wiederum 24 seiten. Wir hätten leicht das doppelte füllen können. Das wäre vielleicht doch zu viel des guten gewesen, aber das wichtigste wollten wir dennoch unterbringen. Das hat natürlich konsequenzen. Es gibt überdurchschnittlich viel text, weniger fotos und andere augenfreundlichkeiten. Wir bitten um verständnis und geloben besserung.

Wir wünschen allen TREND-fans die wunderschönsten ferien.

Die redaktion

Hundert tage landesschulamts

von Ilse Schaad

Vier wochen vor ende des schuljahres zeichnet sich ab, daß die kritiker des landesschulamtes mit ihren befürchtungen mehr als recht hatten. Das im schnellverfahren durchgepeitschte gesetz zur errichtung eines landesschulamtes in Berlin wies von anfang an grobe organisationsmängel auf. Unsinnige regelungen sowohl bei der zuordnung von schulverwaltungsaufgaben als auch in personalvertretungsrechtlicher hinsicht, die schon im ersten entwurf vorhanden waren, wurden trotz deutlicher hinweise von allen seiten nicht beseitigt.

Der großen koalition von SPD und CDU ging es von anfang an darum, den einfluß der verfassungsrechtlich garantierten mitbestimmungsgremien in Berlin zu schwächen. Um dieses ziel zu erreichen, wollten sie die personalräte in allen bezirken abschaffen. Wie wichtig eine effektive personalvertretung vor ort ist, wird gerade in diesen tagen deutlich.

Auf druck der GEW BERLIN wurden die personalvertretungen in den außenstellen erhalten. Der aufwusch der großen koalition geschaffene gesamtpersonalrat wurde nur mit wenigen kompetenzen ausgestattet. Lediglich für die jährliche dienstkräfteanmeldung, für ausschreibungstexte und für versetzungen in andere bundesländer ist er zuständig. Durch beschluß der landesdelegiertenversammlung hat die GEW BERLIN sich selbst gebunden: Die GEW-mitglieder im gesamtpersonalrats sind verpflichtet, die beteiligungsrechte der au-

ßenstellenpersonalräte zu beachten und zu schützen.

Mangelhafte organisation und fehlplanungen im landesschulamts selbst, die fehlende kompetenzverteilung zwischen landesschulamts und außenstellen sind die grundlage eines absehbaren chaos zum kommenden schuljahresbeginn.

Bereits über die zahl der tatsächlich in den östlichen bezirken bestehenden lehrerüberhänge gibt es streit zwischen landesschulamts als dienstbehörde und außenstellen. Ursprünglich ging das landesschulamts davon aus, daß noch etwa 700 lehrkräfte im überhang sind. Davon sollten 400 umgesetzt werden. Nach welchen kriterien ausgewählt werden soll, wurde erst ende mai mit dem hauptpersonalrat abgestimmt. Nach berechnungen der außenstellen sind jedoch höchstens 60 bis 70 lehrer und lehrerinnen in den östlichen bezirken im überhang. Die zahlen der außenstellen konnten vom landesschulamts nicht entkräftet werden, sodaß jetzt höchstens 60-70 umsetzungen vorgenommen werden.

Streit gibt es ebenfalls um die regelung des einstellungsverfahrens. Das landesschulamts will die einstellungen zentral nach einer rangliste, die sich im wesentlichen auf die noten der beiden examens stützt, durchführen. Personalvertretungen und außenstellen wollen die einstellungen in den außenstellen in engem kontakt mit den schulen organisieren. Das verfahren ist mit dem hauptpersonalrat nicht vereinbart. Die verfahrensregelung des landesschulamtes wur-

**Personalratswahlen
in Kreuzberg
Wahlen zum
Gesamtpersonalrat**



Liste 1

de vom hauptpersonalrat abgelehnt. Sie ist inzwischen gegenstand gerichtlicher auseinandersetzungen zwischen hauptpersonalrat und landesschulamts.

Wie die ca. 500 notwendigen einstellungen zum schuljahresbeginn bewerkstelligt werden sollen, ist völlig unklar.

Zwei einstellungen in Schöneberg - gänzlich ohne mitbestimmung - lassen böses ahnen.

Der streit um die weiterbeschäftigung der befristet beschäftigten lehrkräfte ist ebenfalls nicht beendet.

Parallel zur öffentlichkeitswirksam abgegebenen erklärung zur weiterbeschäftigung von Klemann und Seiring erhielten fristbeschäftigte schreiben ihrer außenstellen, in denen dankend auf die beendigung des arbeitsverhältnisses verwiesen wurde.

Seit der entscheidung des verfassungsgerichts gibt das landesschulamts zunehmend seine zurückhaltung und sein bemühen um breiten konsens bei regelungen auf. Dies war nicht anders zu erwarten. An

vielen stellen - beispiel umsetzungen - zeichnet sich willkür ab. Aber auch im falle von umsetzung ist man nicht schutzlos der behörde ausgeliefert. Wichtig dabei ist natürlich ein personalrat, der konsequent für die interessen der beschäftigten eintritt und nicht das geschäft des dienstherrn zu seinem eigenen macht.

Am 21.06.1995 finden die personalratswahlen statt, die wegen der errichtung des landesschulamtes ausnahmsweise notwendig werden. Die beschäftigten in Kreuzberg können sich weiterhin darauf verlassen, daß ihre interessen bei den GEW-personalrätinnen und GEW-personalräten in guten händen sind. Die beschäftigten im bezirk Kreuzberg haben durch die wahl der GEW-personalräte in den vergangenen jahren gezeigt, daß sie deren arbeit anerkennen und ihre fortsetzung wünschen. Die stimme des personalrats hat jedoch umso mehr gewicht, je mehr beschäftigte sich an der wahl beteiligen. Auch wenn vorerst die pläne des senats zur zerschlagung der mitbestimmungsgremien, speziell der bezirklichen personalräte vereitelt werden konnten, muß man weiterhin damit rechnen, daß die alten pläne bei passender gelegenheit wieder aus der schublade gezerrt werden.

Durch eine hohe wahlbeteiligung können die beschäftigten in den Kreuzberger schulen zeigen, daß ihnen die bezirklichen personalräte wichtig sind. Jede stimme für die GEW BERLIN ist ein votum für den erhalt der bezirklichen kompetenzen.

Jede stimme für die GEW BERLIN ist eine stimme gegen das landesschulamt.



Personalratswahlen am 21.06.1995 Briefwahl - was tun?



Für alle kolleginnen und kollegen, die am mittwoch, dem 21. Juni 1995 aus irgendwelchen gründen ihre stimme nicht in ihrem wahllokal abgeben können, besteht die möglichkeit der briefwahl. Die wahllokale wurden inzwischen vom wahlvorstand in Kreuzberg veröffentlicht. Beim wahlvorstand können die briefwahlunterlagen für die personalratswahl '95 schriftlich angefordert werden. Die anforderung muß bis zum 13. Juni 1995 beim wahlvorstand eingegangen sein.

Muster:

Berlin, den ...

An den
Vorsitzenden des Wahlvorstandes
für die Personalratswahlen 1995
Jens Haase
Bürgermeister-Herz-Grundschule
Wilmsstraße 10

10961 Berlin

Betr.: Briefwahlunterlagen für die Personalratswahl '95

Ich bitte Sie um die Zusendung der Wahlunterlagen.

Name: _____ Vorname: _____
Privatanschrift: _____ Schule: _____

Angestellter/Beamter (nichtzutreffende Angabe streichen)

Unterschrift: _____

persönliche erklärung

Ich bedaure, seit einrichtung des LSA am 1.2.95 an drei sogenannten monatgesprächen teilgenommen zu haben, an denen herr Radusch das amt vertreten hat. Herr Radusch ist vom LSA zum außenstellenleiter in Kreuzberg ernannt worden, obwohl er in seiner eigenschaft als schulrat vom Kreuzberger bezirksbürgermeister wegen rassistischer äußerungen erst im letzten jahr zum rapport bestellt wurde.

Deutschland ist auf basis des rassismus schuldig geworden an der industriell erfolgten ermordung der jüdischen volksgruppen in Europa, an der ausrottung der Sinti und Roma, sowie an der verklavung und löftung weiterer millionen opfer. Als kinder und enkel der lätergeneration und als demokratensind wir auch noch und gerade 50 jahre nach der befreiung von dieser faschistischen geißel durch die alliierten gefordert, konsequent das wiederaufkommen dieser unmenschlichen ideologie zu verhindern. Dies können wir mit belasteten beamtens in herausgehobenen positionen, insbesondere im bildungssektor, keinesfalls erreichen, insbesondere dann nicht, wenn sie selbst rassistensind oder keinen begriff von dieser ideologie haben.

Deshalb sehe ich mich außerstande, weiterhin mit diesem herrn zusammenzuarbeiten, es sei denn, er kann glaubhaft nachweisen, daß er gelernt hat. Ein anfang wäre, daß er sich persönlich bei den verunglimpften personen und vor dem Kreuzberger kollegium insgesamt für seine verfehlungen entschuldigt. Solange dies nicht geschieht, werde ich an den monatgesprächen nicht mehr teilnehmen, an denen das LSA von herrn Radusch vertreten wird.

Günter Langer

Diese PE wurde von den anderen Personalräten nicht übernommen und auch der Abdruck im PR-Info abgelehnt. Übrigens alle PR's gehören der GEW an. /-bert

Personalrat:

Teil des Problems oder Teil der Lösung?

Personalräte und das LSA

von Günter Langer



Die existenz der personalräte für lehrerInnen und erzieherInnen (PRLE) stand letztes jahr urplötzlich auf dem spiel. Senator Klemann und seine riebe waren drauf und dran, den PRLE bis auf ein rudiment völlig abzuschaffen. Wir wissen, ab etwa dem 4. entwurf zur einföhrung des Landes-schulamts (LSA) setzte in dieser frage auch auf regierungsseite ein nachdenkungsprozeß ein. Wir wissen allerdings nicht, jedenfalls nicht genau, wer bzw. was dieses umdenken letztlich verursacht hat. Vielleicht waren es ja auch mehrere faktoren. Die GEW jedenfalls heftet sich diesen erfolg an ihre brust, vielleicht zu recht. Vielleicht hat sich Klemanns juristenriege aber auch ausgerechnet, daß sie wenigstens mit diesem coup vor dem verfassungsgericht baden gegangen wäre. Wie auch immer, seit dem 10. Mai, dem tag der urteilsverkündung des Berliner Verfassungsgericht, wissen wir, das LSA läßt sich nur noch politisch wieder abschaffen.

Die diskussion über den beitrag der GEW zur auseinandersetzung mit, bzw. zur abschaffung des LSA muß geführt werden. Ein wichtiger faktor hierbei ist der PR, bzw. die personalräte, denn das LSA hat uns eine wirre PR-struktur beschert. Hatten wir bislang zwei personalräte (bezirks- und hauptPR), haben wir nunmehr gleich vier (regional-, gesamt-, berufsschul- und hauptPR), die sich in detail-, wie auch in grundfragen irgendwie auf einen nenner bringen müßten. Dieser debatte kann und will ich hier nicht vorgreifen, ich meine aber, wir sollten uns ins gedächtnis rufen, was der PR für eine institution ist und wie sich gewerkschaften, speziell die GEW, dieser institution gegenüber verhalten

sollten, bzw. welche politik sich mit ihr transportieren läßt.

Aktuelle Beispiele aus den Personalräten und der GEW

Wenige beispiele will ich hier anführen, um zeigen zu können, wo schnell brisanz bei einem nichtverstehen der zusammenhänge entstehen kann:

1. Der Hauptpersonalrat für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin (HPR), in dem die GEW mit vier mitgliedern (Knut Langenbach, Sabine Lau, Heiderose Krauß, Ilse Schaad) vertreten ist, hat am 24.3.95 eine „Kooperationsvereinbarung zur Verwaltungsreform“ mit dem Senat von Berlin abgeschlossen. Die GEW (Erhard Laube) hat neben der ÖTV und der GdP diesen vertrag mit unterzeichnet. Ziel der verwaltungsreform ist die „einföhrung einer kosten- und leistungsrechnung und eines neuen führungs- und steuerungssystems“, d.h. der öffentliche dienst soll zukünftig wie ein privatunternehmen nach betriebswirtschaftlichen kriterien geführt werden. Die „beschäftigten und ihre interessenvertretungen sollen ... zur aktiven mitgestaltung ange-regt“ werden. Die unterzeichner der vereinbarung verpflichten sich, die ergebnisse der mit der umwandlung befaßten projektgruppe „konstruktiv zu vertreten“. „Zwischen der verwaltungsreform und stelleneinsparungen besteht kein unmittelbarer“ (sic!) „zusammenhang“. Aber „eine effektive und effiziente verwaltung setzt einen verschlankungsprozeß voraus“.

Mit anderen worten die gewerkschaften und der HPR wirken quasi

bei der zukünftigen überflüssigmachung (nach einer vereinbarten schonzeit von ca. 20 monaten) vieler kollegInnen mit. Das ist neuland und widerspricht den prinzipien, die bislang innerhalb des DGB galten. Dieses vorgehen wurde beschlossen, ohne daß vorher eine umfassende diskussion zumindest in der GEW-mitgliedschaft darüber geführt wurde..

2. Auf der letzten landesdelegiertenversammlung (LDV) am 16./17. Mai wurde von Ilse Schaad der antrag nr. 33 gestellt („grundsätze der arbeit im gesamtpersonalrat“), der die absicht verfolgte, den zukünftigen primadonnen, also den zukünftigen mitgliedern im gesamtPR zügel anzulegen. Der gesamtPR soll gemäß dieses antrags möglichst wenig entscheidungen an sich ziehen und sie stattdessen den regionalPRs in den bezirken überlassen. Ilse erhofft sich auf diese weise eine größere basisnähe.

3. Die BL Wilmersdorf hat in ihrem antrag nr. 34 verlangt, einen GEW-weit verbindlichen kriterienkatalog zur kandidataufstellung zukünftiger gesamtPR-wahlen zu erarbeiten.

4. Die aufstellung eines gesamtPR-kandidaten aus den reihen immigrierter kollegInnen ist aufgrund diffusen agierens verschiedener GEW-gremien und der kandidaten selbst letztendlich gescheitert.

5. Der Kreuzberger PR ist vor jahresfrist in eine scharfe interne auseinandersetzung bezüglich der behandlung eines vom bürgermeister Strieder wegen rassistischer äußerungen gerügten schulrats (Radusch) geraten. Die frage lautete etwa: Darf ein derart gerügter Schulrat überhaupt im amt bleiben oder muß nicht vielmehr seine entfernung verlangt werden?

6. Die Kreuzberger GEW hat in ihrer vergangenheit teilweise bittere kämpfe ausgefochten, wer und wie auf die politik der GEW-PR-fraktion einfluß nehmen sollte, insbesondere welche rolle der bezirksleitung bzw. den mitgliedern allgemein dabei zufiele. Dem PR wurde eine relativ wichtige funktion für die GEW zugeschrieben und es wurde vermutet, daß dem PR wichtige informationen zufließen würden, deren kenntnis macht und einfluß nach sich zögen.

7. Die Kreuzberger GEW-mitgliederversammlung hat angesichts der einföhrung des LSA und der damit zusammenhängenden notwendigkeit, einen neuen PR zu wählen, beschlossen, daß der personalratswahlkampf nicht vorrangige tätigkeit im bezirk werden solle.

8. Bei der vorstellung der Kreuzberger kandidatInnen für die neu zu wählenden personalräte waren inhaltliche begründungen für den wunsch nominiert zu werden eher die ausnahme als die regel. Stattdessen wurden argumente genannt wie „man/frau kann dort viel lernen“, „weil ich schon lange drin war“ oder ähnlich erhellendes. Negative auswirkungen auf die chancen auch gewählt zu werden, hatten derartige offenbarungen allerdings nicht, eher im gegenteil.

Die GEW-interne behandlung all dieser hier genannten fälle scheint eher ad hoc, also ohne eine größere diskussion und ohne beachtung hergebrachter grundsätze der in über 100jähriger gewerkschaftsgeschichte erarbeiteter prinzipien erfolgt zu sein. Eine festgelegte strategie bei der entscheidung in diesen fällen hat sich mir jedenfalls nicht gezeigt. Das ist auch nicht verwunderlich, denn solange ich die debatten in der GEW verfolgen konnte, das sind jetzt mittlerweile schon zwei dekadenn, ist mir von strategiedebatten ohnehin noch nichts zu ohren gekommen. Vielleicht sind sie aber auch nur an mir vorbeigegangen, was allerdings nichts daran ändern würde, daß tatsächlich diskussionsbedarf besteht. Ich biete deshalb also meine eigenen überlegungen und rechenen als auftakt zu diesem thema an.

Lehren aus der Geschichte

Wenn wir die historie revue passieren lassen, können wir feststellen, daß 1. die betriebs- und personalrätestruk-

tur hierzulande den spezifisch deutschen auseinandersetzungen der gesellschaftlichen kräfte und der politischen gruppierungen geschuldet ist und

2. die betriebs- und personalräte durch die verrechtlichung der arbeitsbeziehungen und durch ihre einbindung in die verwaltung sicherlich dazu gedient haben, den sozialen frieden im lande zu stabilisieren und das volk von revolutionären umtrieben fernzuhalten,

3. sie andererseits aber auch beständig in ihrer substanz von arbeitnehmerfeindlichen fraktionen dieser gesellschaft infrage gestellt oder zeitweilig sogar ganz abgeschafft wurden.

Die ursprüngliche intention der arbeiterausschüsse des kaiserreichs, den einfluß von arbeiterorganisationen bzw. parteien auf die arbeitnehmerschaft zurückzudrängen, hat sich in betriebs- und personalräten nicht realisieren lassen. Kapitalismuskritischen arbeitnehmerfraktionen ist es andererseits auch nicht gelungen, nennenswerte erfolge mit hilfe der betriebs- und personalräte zu erzielen.

Einbindung und ...

In einem kommentar zum Berliner Personalvertretungsgesetz (PersVG Bln) wird ausgeführt, daß es sich bei personalvertretungen um interne bestandteile des verwaltungsaufbaus handelt. Ob nun in privatbetrieben oder im öffentlichen dienst, betriebs- und personalräte können dazu beitragen, den arbeitnehmern in auseinandersetzungen mit ihren jeweiligen arbeitgebern zur seite zu stehen, für gleichbehandlung zu sorgen, entscheidungsprozesse transparent zu machen und mit all dem etwas demokratie in betrieb oder verwaltung durchzusetzen.

... Demokratie

Der demokratieaspekt ist für mich der entscheidende. Die gewerkschaftsfraktionen haben dafür zu sorgen, daß diese funktion voll zur entfaltung kommt. Das kann aber nur in offensiver anwendung der vorschriften und unter distanzwahrung zum unternehmens- bzw. zum dienstherrninteresse gelingen. Wenn personalräte integraler teil des verwaltungsaufbaus sind, muß die gewerkschaftsfraktion

gegen die damit einhergehende ideologische vereinnahmung aktiv vorgehen, d.h. sie muß immer über den tellerrand der z. zt. gültigen vorschriften hinausschauen und das nächste terrain anvisieren.

Prinzipien

Um o.g. beispiele zu bemühen, natürlich hätte der Kreuzberger PR die entlassung eines wegen rassismus aufgefallenen schulrats fordern müssen und ihn nicht quasi als kollegen behandeln dürfen. Natürlich gebührt den gewerkschaftsgremien vorrang vor PR-entscheidungen. Mit anderen worten, die GEW-gremien (bezirksleitungen etc.) müssen das recht haben, die politik der GEW-PR-fraktion zu bestimmen. Kontroversen und konflikte sollten in den gewerkschaftsgremien entschieden werden und nur solche kollegInnen sollten in den PR gewählt werden, die von der richtigkeit dieser vorgaben überzeugt sind.

Einfach ist ein solches vorgehen nicht, denn zwischen gewerkschaftsinteressen und PR-gesetzeslage können schnell gravierende differenzen entstehen. Nehmen wir nur einen in der letzten legislaturperiode aufgetretenen fall: Ein kollege vergreift sich erwiesenermaßen (geständnis) sexuell an einer minderjährigen schülerin und erhält daraufhin einen verweis. Der PR als gesetzlicher interessenvertreter des kollegen fordert den arbeitgeber auf, es mit einer mißbilligung bewenden zu lassen. Die GEW hingegen hätte vielleicht eher die interessen des Kindes berücksichtigt und die andersbeschäftigung des mannes oder eine andere sinnvolle maßnahme verlangt, wenn sie mit dem fall konfrontiert worden wäre.

Die alternative zum primat der GEW gegenüber dem PR wäre die schleichende veränderung der gewerkschaft zu einem reinen anhängsel der PRe und damit der behörden. Anders ausgedrückt, ohne aktive mitarbeit aller kollegInnen in betriebsgruppen, auf mitgliederversammlungen, in den fachgruppen etc. werden auch die wohlmeinendsten bezirksleitungen vor dieser gefahr eines tages kapitulieren müssen. Eine fortschrittliche GEW ist auch in dieser frage mit passiver mitgliedschaft allein nicht zu haben.



Anmerkungen zur Geschichte der Betriebs- und Personalräte in Deutschland

von Günter Langer

Seit knapp zwei Jahren gehöre ich dem erlauchten gremium des Kreuzberger PR an und kandidiere sogar für den berufsschulPR ohne bis heute gewußt zu haben, weshalb eine institution wie der PR außerhalb des deutschsprachigen raums praktisch unbekannt ist (versucht mal den begriff personalrat in euren fremdsprachenwörterbüchern zu finden!). Die beantwortung dieser frage ist nicht uninteressant, kann sie doch hinweise darüber bieten, welche gesellschaftspolitische bedeutung ihr in Deutschland zukommt.

Das personalratsrecht wurde nach dem zweiten weltkrieg im nachtrab zum betriebsverfassungsrecht geschaffen, dessen erfassung während der Weimarer Republik das licht der welt erblickte. Die historische entwicklung dieser rechte ist eng mit der geschichte der deutschen arbeiterbewegung, ihren erfolgen und niederlagen verknüpft.

Arbeiterausschüsse im Kaiserreich

Vorläufer des 1920 verabschiedeten Betriebsverfassungsgesetzes (BVerfG) waren sowohl einerseits die revolutionären arbeiter- und soldatenräte der jahre 1918/19 als andererseits auch die sogenannten arbeiterausschüsse aus der kaiserzeit. Letztere wurden erstmalig 1891 qua Arbeiterschutzgesetz in die gewerbeordnung (134h) als möglichkeit und ins ermessens der arbeitgeber gestellt, die eine von diesem zu erlassende arbeitsordnung beraten sollte. Da den arbeiterausschüssen wirkliche befugnisse fehlten und ihre zulassung ursprünglich dazu dienen sollte, den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen einfluß auf die arbeiter zurückzudrängen, wurden sie von der mehrheit der sozialdemokratie und freien gewerkschaften zunächst abgelehnt und als scheinkonstitutionelles feigenblatt des fabrikfeudalismus kritisiert.

Räte während des 1. Weltkriegs

Diese haltung änderte sich jedoch und im rahmen der burgfriedenspolitik während des ersten weltkriegs wurde sogar dem Gesetz über den vaterländischen hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 zugestimmt. Dieses gesetz sah praktisch den arbeitszwang für alle männer vor, führte aber andererseits zur einföhrung von arbeiter- bzw. angestelltenausschüssen in allen betrieben, die mehr als 50 beschäftigte hatten. Diese ausschüsse sollten insbesondere das gute einvernehmen inner-

halb der belegschaften und zwischen dieser und dem arbeitgeber fördern. Die eigentlichen befugnisse dieses gremiums blieb ebenso begrenzt wie bei den ausschüssen, die es eh schon gab.

Betriebsrätegesetzgebung in der Weimarer Republik

Die fesseln dieser arbeiterausschüsse wurden in den letzten kriegsjahren (1916-18) radikal gesprengt und es entstanden die revolutionären arbeiter- und soldatenräte, wie auch die ersten beamtenausschüsse. Obwohl die rätebewegung mit ihrer antikapitalistischen stoßrichtung scheiterte, beeinflusste sie - wenn auch weniger durch ihre forderungen als vielmehr durch ihre existenz - die rätegesetz-



gebung der Weimarer Republik. Das dertart beeinflusste betriebsrätegesetz vom 4. februar 1920 war einerseits nur auf dieser basis überhaupt möglich, brachte aber insgesamt betrachtet eher nur eine fortentwicklung des arbeiterausschusses der vorkriegs- und der kriegszeit. Sie brachte kaum eine grundlegende neuordnung der betrieblichen interessenvertretung der arbeitnehmer. Immerhin galt es auch für die arbeitnehmer des öffentlichen dienstes, nicht jedoch für beamtete. Letztere konnten beamtenvertretungen bilden, denen allerdings keinerlei mitbestimmungsrechte zustanden.

„Vertrauensräte“ im 3. Reich

Im Dritten Reich wurden die betriebsräte sofort abgeschafft und stattdessen sogenannte „Vertrauensräte“ geschaffen, deren vorsitz der unternehmer als betriebsführer übernahm. Arbeiter und angestellte im öffentlichen dienst erhielten eine andere art von vertrauensräten, beamtete blieben wegen ihrer sogenannten treuepflicht gänzlich ausgeschlossen.

Alliierte Besatzung und Betriebsräte

Die unmittelbare nachkriegszeit war ähnlich wie die zeit nach dem ersten weltkrieg von sozialismusvorstellungen geprägt. Dies spiegelte sich in den ersten

parteiprogrammen der damaligen zeit wider (vgl. das Ahlener Programm der CDU) und wirkte sich im bereich der betriebe ebenfalls aus. Dem gaben die alliierten mit ihrem kontrollratsgesetz Nr. 22 nach, in dem die bildung von betriebsräten genehmigt und reguliert wurde. Es galt für alle abhängig beschäftigten in der privatwirtschaft als auch im öffentlichen dienst einschließlich der beamteten.

Betriebs- und Personalräte in der Bundesrepublik

Das 1952 vom Bundestag verabschiedete Betriebsverfassungsgesetz brachte einen rückschritt. Es schränkte die mitbestimmungstatbestände erheblich ein und klammerte den öffentlichen dienst aus.

Das Personalvertretungsgesetz folgte erst im jahre 1955 und beinhaltete noch weniger mitbestimmungstatbestände. Es galt hauptsächlich für die bundesinstitutionen. In den ländern folgten sukzessive Landespersonalvertretungsgesetze, die allerdings jeweils stark voneinander abwichen. Die sozialliberale koalition novellierte sowohl das Betriebsverfassungs- (1972) als auch das Personalvertretungsgesetz (1974). Auch landespersonalvertretungsgesetze wurden teilweise auf einen neuen stand gebracht.

Reformbedarf

Dem DGB gingen die mit diesen gesetzen erreichten fortschritte aber nicht weit genug und er erarbeitete einen eigenen gesetzentwurf, der 1985 veröffentlicht wurde. Er sieht im wesentlichen einen abbau der schranken zwischen den gruppen der arbeiter, angestellten und beamteten vor, die arbeitsgrundlagen der personalräte zu verbessern, die beteiligungs- und mitbestimmungsrechte zu erweitern und die rechte der gewerkschaften zu verstärken. Die SPD ihrerseits hat 1987 in neuen vorschlägen die besserstellung der geschäftsföhrung des personalrats und die rechtsstellung der anderen PR-mitglieder verlangt.

Gedenken kann denken nicht ersetzen

Nach 50 Jahren die chance nutzen!

von Detlev Kretschmann

Die feiern sind vorbei. Wer nicht so gedenken wollte, wie die herrschenden und ihre polizei sich das ausgedacht haben, hat das zu spüren bekommen. (Ein antrag an die ldv ist auf seite 23 abgedruckt). Die erste große gedenkfeier war die zur befreiung (besser: teilweisen selbstbefreiung) des kz Buchenwald. Sie fand unter einem meer von roten fahnen und sehr aktuellen antifaschistischen parolen statt. Das ist eigentlich selbstverständlich, denn die rote fahne und die antifaschistische gesinnung war ja genau der grund, weshalb die „politischen“ in die kz's kamen.

Rote fahnen passen aber nicht ins konzept der entschuldung und der gleichsetzung von opfern und tätern, die in diesen tagen ständig betrieben wird.

Der kampf um das gedenken der opfer des faschismus tobte mit einer geahnten härte, und die nationalen kräfte aller couleur fahren kenntnis- und argumentfreie propagandageschütze auf, so daß einige argumente der gegner nationalistisch geprägter geschichtsrevision vorgetragen werden sollen, die in den gewerkschaften noch kaum diskutiert werden.

Ich halte eine offene diskussion darum auch deshalb für nötig, weil der antifaschistische widerstand heute ständig kriminalisiert wird, indem seine notwendigkeit gelegnet, bzw. seine taten als unpolitisch oder kriminell verurteilt werden.

Es ist erfreulich und positiv, wenn sich der neuen nationalen ausrichtung kräfte entgegenstellen, die sich verweigern und darauf beharren, trotz des vorwurfs der „nestbeschmutzung“

die wahrheit in den tatsachen zu suchen.

Zunächst müssen wir wohl um diese tage herum, an denen die anti-Hitler-koalition vor 50 jahren die Deutschen besiegt hat, einiges immer wieder klarmachen:

- Die im faschismus mit voller hingabe, leib, seele und gestalt für Deutschland tätigen männer und frauen zuhause, an der front, in den kz's, den besetzten ländern und vernichtungslagern, waren dies überzeugt und freiwillig.

- Die Shoa, die verfolgung und vernichtung der Sinti und Roma, kommunistInnen, schwulen, behinderten, christInnen, sozialdemokratInnen war ohne zustimmung des deutschen volkes nicht möglich.

- Der mythos des deutschen wehrmachtssoldaten als tapfer, ehrlich, heldenhaft, gar sauber und gegen seinen willen oder unter zwang im krieg für Deutschland und den Führer tätig, ist eine nationale propagandalüge.

- Dazu gehört auch die behauptung, daß sich die generation, in deren jugend sich die ereignisse von 68 abspielten, mit den faschistischen vätern und müttern über das maß des generationskonflikts hinaus auseinandergesetzt hätte. Abgesehen davon, daß sich ohnehin jede(r) „den 68ern“ zuordnen kann, hat eine auseinandersetzung mit dem faschismus und dem ihm zugrundeliegenden deutschen nationalismus nicht stattgefunden.

Hier ist anzumerken, daß wir in einem kleinen sammelband mit aufsätzen von Jürgen Elsässer ein paar anmerkungen finden, die sich auf nationalistische tendenzen bei Ulrike Meinhof und Rudi Dutschke beziehen. Die quellenlage ist eindeutig! Selbst die exponierten vertreterInnen der linken waren im spinnennetz der nationalen entschuldung und der „verwechslung“ von tätern und opfern gefangen. Daß beide dann selbst opfer des nationalen konsens wurden, macht ihre ansichten zur nation nur umso absurder.

Danach kann es auch nicht verwundern, daß die auf die antiautoritäre studentenbewegung folgende hinwendung zum proletariat eine nationale deutsche ausrichtung hatte, die die naziväter und -mütter mit stolz gefüllt hätte (falls man/frau seine anschauungen überhaupt mitgeteilt hat) oder hat.

Heute doch noch verstehen zu wollen, daß der faschismus nicht die sache „der nazis“ (die natürlich immer die anderen sind), sondern der deut-

schen war, kann sehr schmerzlich werden, wie alles, was bis in die privaten vier wände wirkt. Plötzlich wird die kollegin, der kollege kind von mördern oder unterstützerInnen von mördern. Das in einem alter, wo man/frau sich lieber aussöhnt und die konflikte der kindheit begraben möchte.

Das ist eine typische double-bind situation. Es kann da eigentlich nur einen ausweg geben, wenn der einer inhaltlichen auseinandersetzung mit persönlichen konsequenzen nicht gewählt werden kann: Man/frau wird selbst -jedenfalls ein bißchen- das, was schon eltern und großeltern waren. Wege gibt es genug und die neonazis lassen sich nur noch selten an den glattrasierten schädeln erkennen. Formvollendetes auftreten und und eher elegante kleidung sind die bevorzugten „erkennungsmerkmale“. Der wichtige rest muß aus den äußerungen geschlossen werden.

Der weg in eine neue faschistische weltanschauung, die oft zunächst nicht einmal als solche erkannt wird, führt über die behauptung, daß die wahrheit für kinder und eltern nicht aushaltbar ist.

Die notlügen der täterInnen ranken sich fast regelmäßig um diese sprüche:

1. Wir haben ES nicht gewußt!
2. Wir waren NICHT dabei!
3. Wir KONNTEN nichts tun!
4. Wir waren auch nur OPFER!
5. Wir sind gezwungen, verführt, verblendet worden !
6. Im innern und EIGENTLICH waren wir dagegen!

Das waren die antworten einer ganzen generation nach 1945, die eigentlich zurecht eine strafe erwartete, die ihren grausamen taten angemessen war, sie nie bekamen, statt dessen kinder zeugte (meine generation) und an sie in verschiedensten gewändern ihre ideale, ethischen und moralischen vorstellungen, denen sie alles geopfert hatten und hätten, weitergaben.

Sie taten das - und hier liegt die ursache für einige brüche- unter besatzungsstatut, also dem ausdrücklichen verbot der offen faschistischen tätigkeit. Es funktionierte trotzdem: Die faschistischen eliten blieben die eliten der neuen bundesrepublik, geheimnis und gewalt behielten ihre für die Deutschen typische faszination, die weit vor den noch lange nicht erkämpften oder gar gesicherten demo-



kratischen bürgerlichen verkehrsformen rangiert.

Statt einer erweiterung demokratischer rechte, erleben wir seit 1989 die wiedergeburt nationalitischen irrsinns, von dem der rechte mord- und straßenterror nur ein ausdruck ist.

Erst die ausgrenzung anderer schafft die nation. Wozu wird sie auch sonst gebraucht? Alles, was wir tun, können wir auch in unserem ganz individuellen namen. Die DEUTSCHE nation ist die deutsche volksgemeinschaft. Sie wurde damals geschweißt durch den judenmord, die mitwisserschaft und die vorteilsnahme daraus.

Die deutsche variante des nationalismus entsprach diesem volk so sehr, daß es für die anti-Hitler-koalition nicht ausreichte, die armee zu schlagen. Die ganze volksgemeinschaft mußte zur bedingungslosen kapitulation gezwungen werden.

Der deutsche faschismus begann nicht mit Auschwitz. Er wurde ruhig und kontinuierlich aufgebaut. Mit großer unterstützung oder wie die Daily Express am tag der hinrichtungen in Nürnberg schrieb: „Die Verbrechen der Naziführer entwickelten sich aus erbärmlichen Anfängen. Damals

hätten sie von ein paar Polizisten aufgehalten werden können. Stattdessen wurden sie zu einer gefährlichen Macht durch die Schlechtigkeit einiger weniger und die Mittäterschaft, Feigheit und Faulheit von vielen.“ Das aber ist bereits ausdruck der volksgemeinschaft und unsere aufgabe liegt heute darin, genau diese zu verweigern. Natürlich gibt es rassistismus und autoritäre bis zu rechtsextremen tendenzen in allen ländern, z.b. auch in Frankreich oder Italien. Aber dort gibt es dagegen auch widerstand und er ist verankert. Der protest im neuen Deutschland formiert sich erst gar nicht, weil die kleinen schritte zum neuerlichen weg in die volksgemeinschaft nicht einmal wahrgenommen werden. Und falls doch mit einer solchen vehemenz von den handelnden zurückgewiesen werden, daß es wie ein verbrechen erscheint, trotzdem auf konsequenzen zu beharren.

Nur ein blick in die kiste mit den braunen beispielen:

- Die foltervorwürfe von amnesty international an die berliner polizei werden vom innensenator und seinem polizeipräsidenten so behandelt, als wären wir schon lange keine demo-

kratische republik mehr, sondern eine militärdiktatur. Ein demokratischer wille zur aufklärung ist nicht erkennbar, jedoch eine große energie beim leugnen.

- Die mörderische abschiebediskussion, das gilt besonders für Kurden, wird von den gründen für ihre flucht abgetrennt, als würde Deutschland nicht u.a. über waffenlieferungen an der regie des krieges gegen das kurdische volk beteiligt sein.

- Innenminister Ziel aus Brandenburg teilt auf die frage, warum die kennzeichnungspflicht für polizeibeamte im dienst nicht beibehalten werden soll, mit: „Sie können alle Tiere numerieren, aber nicht Polizisten. Sie sind keine potentiellen Straftäter, die ich mit Nummern versehen muß.“ Potentiell heißt möglich nicht mehr und nicht weniger. Danach dürfte nur der papst nicht gekennzeichnet sein, weil der unfehlbar ist.

- Der personalrat der GEW Kreuzberg hat keine unüberwindlichen schwierigkeiten, mit einem rassistischen monatsgespräche zu führen, als sei das schon pflicht.

Zunächst mit der kleinen kumpanei und dem begehen oder wissentlichen erdulden von unrecht wird die volksgemeinschaft zusammengebracht.

Es ist nötig zu sagen, daß die besondere beschäftigung mit der nation nicht die ökonomischen gesetze außer kraft setzt. Aber es ist unmöglich, die singularität der taten der deutschen volksgemeinschaft ausschließlich aus der ökonomie erklären zu wollen.

Es ist erfreulich festzustellen, daß es in ost und west durchaus kräfte gibt, die sich dem thema nationalismus und den neuesten versuchen, die volksgemeinschaft zusammenzuschweißen annehmen und dazu theoretisch und praktisch arbeiten. Kleine gruppen und individuen, die hoffentlich zu einer strömung werden.

Im zusammenhang mit diesem thema empfehle ich ausdrücklich die ausstellung im hauptgebäude der Humboldt-universität über die verbrechen der wehrmacht 1941 -45. Schaut in die veranstaltungskalender.

Ich hasse artikel, die am ende handlungskonzepte ausgeben als quasi operationalisierte lernziele, die sowieso niemand befolgt. Also endet dieser mit einem“ ?“

Brecht führte einmal aus, daß denken etwas ist, das auf schwierigkeiten folgt.



Die Schule, die Erziehung und die Kirche sind natürlich "Bollwerke"

Interview mit dem Marzahner Pfarrer Cyrill Pech

Am 21.4. 1995 fand um 18 Uhr eine Demo von Antifa-Gruppen in Marzahn statt. Ziel der Demo war der Billardclub Geißenweide, ein bekannter Faschotreff im Bezirk. Während faschistische Kräfte die Demo am Rande ungehindert angreifen konnten, ging die Polizei massiv gegen sich wehende Antifas vor. Der 14jährige Alexander und seine drei gleichaltrigen Freunde (ein Mädchen und zwei Jungen) hatten an dieser Demo teilgenommen. Später - gegen 21.45 Uhr - waren sie auf dem Weg zur Bußhaltestelle in der Mehrower Allee. Da tauchten aus dem Dunkel zwei mit Bomberjacken bekleidete, kahlrasierte Männer im Alter von 20 bis 25 Jahren auf und griffen die Kids ohne Vorwarnung an. Alexander konnte nicht entkommen, wurde zusammengetreten und mit schweren Kopfverletzungen liegengelassen. Anschließend lag Alexander 17 Stunden im Koma. Jetzt nach vier Wochen kehrt langsam die Erinnerung an den 21.4.95 zurück, doch an Tat und Täter kann er sich nicht mehr erinnern. TREND sprach mit seinem Vater, Cyrill Pech, der Mordanzeige gestellt hat, über das politische Klima, in dem der faschistische Straßenterror gedeiht. Cyrill Pech ist seit über einem Jahrzehnt evangelischer Pfarrer in Marzahn.

Cyrill Pech: Zunächst erstmal noch etwas zur Darstellung des Tatherganges: Kyrill-Alexander, wie sein richtiger Name lautet - wir nennen ihn Joschik oder auch Aljoscha - war nach der Demo mit seinen Freunden noch in unserer Wohnung. Das ist insofern wichtig, weil das zeigt, daß die Tat nicht als eine Schlägerei unter rechten und linken Demo-Teilnehmern abgetan werden kann, sondern daß in Marzahn rechte Täter, die während der Demo vielleicht zu feige waren, Linke zusammenzuschlagen, weil da doch zuviel Polizei da war. Am Abend dann, als sie sicher sein konnten, daß keine Polizei mehr da ist, haben sie einfach Jugendliche zusammenschlagen, die ihrem Bild von „Linkssein“ entsprechen. Das aber

entspricht nun nicht bloß rechtem Denken, sondern weitgehend auch dem Denken vieler Polizisten. Beweis dafür ist die Aussage eines Polizisten bei einem Prozeß in der vergangenen Woche - eine Zeitung berichtete davon -, der auf die Frage, wieso er die Beschuldigte, die sich dann gewehrt hat und wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ (als ehemaliger DDR-Bürger habe ich gedacht, daß es diesen Straftatbestand nur bei uns gab!!!) nun vor dem Richter stand, überhaupt kontrolliert hat, antwortete: „Weil sie so links aussah.“

TREND: *Als Pfarrer, der nicht nur in Marzahn seit Jahren arbeitet, sondern auch wohnt, hast Du sicherlich einen guten Einblick in die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Bezirks. Stimmt es, was in linken und autonomen Kreisen - speziell in Kreuzberg - behauptet wird, daß in Marzahn die Faschos die Straße beherrschen?*

Cyrill Pech: Nun zu Deiner Frage: Zunächst antworte ich auf die Frage eindeutig: Nein, das stimmt nicht! Und gerade linke Kreise müßten sich

vor Verallgemeinerungen hüten, sondern für sie müßten, wie die „Klassiker“ lehren, nur Ergebnisse von Analysen gelten und klare Differenzierung. In Marzahn gibt es auch viele Antifas und von den „Schmierereien“ auf den Platten der Häuser her scheinen sie sogar recht aktiv zu sein. Aber es gibt auch viele Übergriffe der Faschos und da sie sich sicher sein können, daß die Polizei sie wohlwollend behandelt, sind sie natürlich um so frecher. Zum Beweis wiederhole ich die Aussage des Marzahner Bürgermeisters Röhl vor dem Ausländerbeirat, daß die Polizei in Marzahn „in ihrer Mehrheit vielleicht etwas rechts vor der Mitte steht“ und die Angaben des Bundestages vom 24. Mai des Jahres, daß es gerade in den letzten drei Jahren, in denen alle Welt vom rechten Terror in Deutschland spricht, nur 13 Verfahren gegen Rechtsextreme gab, aber 389 gegen Linke. Diese Tatsache muß man sich einmal so richtig überlegen! Für mich ist die Definition von Neofaschismus, die besagt, daß er überall dort auftritt, wo für komplizierte Probleme einfache Lösungen angeboten werden, die zu Lasten Schwächerer gehen, maßgebend. Dann nämlich versteht man auch, warum in Marzahn der Neofaschismus eine größere Verbreitung hat als in anderen Bezirken: Hier wohnen viele Kinder und Jugendliche - 40.000 bis 50.000! Viele Eltern sind arbeitslos, überdurchschnittlich viele alleinstehende Frauen mit Kindern, viele Kinder von ehemals wohlhabenden Eltern usw. Auch wenn die Eltern Arbeit haben, sehen die Kinder die Probleme, die auf sie selbst zukommen, wenn sie ins Berufsleben eintreten wollen - sie beginnen, sich angstvoll zu fragen, was wird - und da kommen welche und sagen „Wollt Ihr wieder die DDR? Meint Ihr, daß die Kommunisten, die Linken, Eure Probleme lösen? Ihr kriegt keine Arbeit, weil so viele Ausländer hier sind! Unter Hitler gab es keine Arbeitslosigkeit! Unter Hitler war Deutschland groß und stark!“ Und wenn nur ein Prozent der Jugendlichen ohne viel nachzudenken, die einfachste Lösung wählt, und eben zum Neofaschisten wird, sind das schon einige Hundert!

TREND: *Bürgerliche SozialwissenschaftlerInnen vertreten gern die These, daß Jugendliche deswegen ins*

AntifaschistInnen werden aktiv



rechte Abseits abdriften, weil sie Modernisierungsverlierer sind. Ist es nicht eher so, daß der rechte Mob nur in gewalttätig brutalen Formen das exekutiert, was dem Inhalt nach offizielle Regierungspolitik zum Beispiel gegenüber MigrantInnen ist?

Cyrill Pech: Auf diese Frage habe ich im Prinzip schon vorhin geantwortet: ich leugne nicht die Richtigkeit der Aussage bürgerlicher Sozialwissenschaftler, sondern sie bestätigen mit ihrer bürgerlichen Terminologie die marxistische Analyse. „Modernisierungsverlierer“ sind Unterlegene in einem Kampf, sind Opfer der Ausbeutung. Sie wehren sich, weil sie nichts mehr zu verlieren haben, als ihre Ketten. Und die Regierung ist natürlich die Vollstreckerin des Willens der „Modernisierungsgewinner“. Ich habe jetzt bewußt etwas undeutlich gesprochen, aber kundige Leser werden verstehen, was ich sagen wollte. Nur eine Konklusion daraus: Als die Industrie in der damaligen „Modernisierung“ die Ausländer brauchte, hat die Regierung die Rahmenbedingungen geschaffen, daß sie kommen und hier leben können. Für die heutige „Modernisierung“ sind sie zu teuer. Lean Production, schmaler Staat usw. heißt das Gebot der „Modernisierung“, also wandelt sich offizielle Regierungspolitik so, daß sie ausländerfeindlich wird und an die „Modernisierungsverlierer“ läßt man Leute heran, die so agieren, wie oben beschrieben.

TREND: Heißt das, daß Deiner Meinung nach, generell die Gefahr besteht, daß sich die bürgerlich-demokratische BRD in ein faschistisches System transformieren kann? Immerhin hat Kohl in einem Interview anlässlich des 8. Mai erklärt, daß Europa endlich zu akzeptieren habe, daß die BRD die Nummer eins sei und daß damit zu rechnen wäre, daß die BRD sich demnächst an einem Krieg aktiv militärisch beteiligen würde. Dann schließe die Stunde der Notstandsgesetze und dies wäre dann der rechtliche Rahmen der Transformation.

Cyrill Pech: Auf den ersten Satz der Frage antworte ich mit einem klaren

Ja! Jeder bürgerliche Staat hält sich ein rechtes Potential, das dann, wenn die Gefahr einer proletarischen Revolution besteht, eingesetzt wird, die Linken beseitigt und dann langsam wieder abgeschafft wird. Das zeigt die Geschichte der Zwischenkriegszeit, als nach den Krisen der Endzwanziger in der Mehrheit der europäischen Staaten, nicht nur in Deutschland, faschistische Regime herrschten, aber auch die Entwicklung der letzten Jahre. Nur ein Beispiel: Als in Chile auf „demokratischem“ Wege eine linke Regierung, die vielleicht sogar das Kapital abgeschafft hätte, an die Macht kam, etablierte man mit Hilfe des CIA und anderer Kräfte eine rechte Regierung.



„Es wird wohl wieder Zeit für eine Lichterkette.“

Die ließ man alle linken Errungenschaften abschaffen, viele Linke physisch liquidieren und dann war Chile wieder „reif für die Demokratie“! Daß wir uns mit den Notstandsgesetzen und mit der militärischen Wiedererstarkung Deutschlands so abfinden, finde ich gerade aus der Tradition der Bürgerrechtler der DDR und den ursprünglichen Forderungen der Grünen und anderer linker Kräfte her katastrophal! Die Freiheit, die wir jetzt haben, erscheint mir oft wie eine umhegte Spielwiese. Wenn es ernst wird, tritt die Polizei massiv auf und für noch ernstere Situationen gibt es

die Notstandsgesetze, die fast niemand kennt.

TREND: Aus der deutschen Geschichte wissen wir, daß imperialistische Politik immer von breiter Zustimmung getragen wurde, wenn diese durch die veröffentlichten Meinung ausreichend vorher erzeugt worden war. Kann ein sozialer Raum wie die Schule, kann eine entsprechende Erziehung und kann auch die Kirche dagegen ein Bollwerk errichten? Wäre dies Bollwerk allein durch Aufklärung zu errichten oder bedarf es dazu auch einer politischen Praxis?

Cyrill Pech: Die Schule, wenn sie „antifaschistisch-demokratisch“ ist, die Erziehung, wenn sie emanzipatorisch ist und die Kirche, wenn sie sich fragt: „Was würde Jesus dazu sagen?“ und entsprechend handelt, sind natürlich „Bollwerke“ gegen die Angebote billiger Lösungen. Aber alle drei können, wie wir aus der Geschichte wissen, mißbraucht werden, und alle drei reichen nicht aus. Nur die Kirche bleibt für alle Altersstufen, die zwei anderen fallen sowieso aus, wenn der Mensch älter ist. Deshalb sind die Parteien, die Gewerkschaften, die „Organisationen“ gefordert. Aber ich setze mehr auf flexible, für die jeweilige Situation geschaffene „Bewegungen“, die Zeit der Parteien ist vorbei. Die Gewerkschaften könnten auch so eine „Bewegung“ sein.

TREND: Wir bedanke uns für das Interview und würde uns sehr freuen, Dich als Gast und Diskussionsteilnehmer auf unserer gemeinsamen Soli-Veranstaltung der GEW Verbandsbezirke Marzahn und Kreuzberg für die drei angeklagten Schüler der 2.OH Kreuzberg am 13.6.1995 wiederzusehen.

Keine Kriminalisierung unserer Schüler!

EINE STELLUNGNAHME DER TREND-REDAKTION

Als nach den Osterferien bekannt wurde, daß das Amtsgericht Tiergarten der Anklageschrift des Staatsanwalts Eggebrecht gefolgt war und für den 19.6.1995 den ersten Prozeßtag wegen „schweren Landfriedensbruchs pp.“ gegen drei 15jährige „Jugendliche mit Verantwortungsreife“ der 2.OH anberaumt hatte, reichte die Bandbreite der Reaktionen unter KollegInnen von sich emotional entladender Entrüstung bis zur offenen Zustimmung. Die einen meinten, hier zeige der Rechtsstaat sein wahres Gesicht und exekutierte den strukturellen Rassismus - die anderen sprachen von einer heilsamen Lehre für angeblich disziplinierte und gewaltbereite Jugendliche und begrüßten ausdrücklich den Prozeß. Von untergeordneter Bedeutung blieb bislang unter PädagogInnen, die Frage nach der eigenen pädagogischen Verantwortung. Am Rande der LDV am 16./17.5. vereinbarten deshalb Kreuzberger und Marzahner Delegierte eine gemeinsame Veranstaltung für den 13.6., wo dies endlich Thema sein wird. Gleichzeitig soll diese Veranstaltung beraten, welche konkrete Hilfe die betroffenen Schülern noch brauchen. Die trend-Redaktion betrachtet ihre bewußt parteiliche Stellungnahme zugunsten der drei Schüler als einen Einstieg in diese längst überfällige Diskussion. Zunächst geht es jedoch darum nochmals die Fakten (soweit wie wir sie recherchieren konnten), deutlich absetzt von unserer politischen Wertung, in die Debatte einzuführen. Einerseits meinen wir, sprechen die Tatsachen für sich, andererseits bilden sie u.E. eine unverzichtbare Grundlage für den Diskurs über Inhalte und Grenzen der Verantwortung von PädagogInnen.

Die Anklage

Die drei 15jährigen Schüler der 2.OH, zwei mit türkischer Staatsangehörigkeit, einer aus Jugoslawien kommend, werden als „Jugendliche mit Verant-

wortungsreife“ angeklagt, „sich an Bedrohungen von Menschen mit Gewalttätigkeiten, die aus einer Menschenmenge in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen wurden und zwar in einem besonders schweren Fall, weil sie Waffen bei sich führten, um diese bei der Tat zu verwenden.“ Ihnen wird zur Last gelegt, sie hätten gemeinsam mit anderen „nicht festgestellten Jugendlichen“ sechs Schülern der 4.O Prügel angedroht und „sich drohend in Richtung auf die Geschädigten“ in Bewegung gesetzt und diese bis vor deren Schule verfolgt, wo sie auch angeblich geschossen hätten. Desweiteren wird ihnen zur Last gelegt, daß sie „deutsch aussehende“ Jugendliche bedroht und verfolgt hätten. Als ein wesentliches Ermittlungsergebnis wird hervorgehoben, daß bereits vorher „zufällig vorbeikommende“ Jugendliche, die „deutsch“ aussahen, von ihnen bedroht und verfolgt worden seien. Dagegen bekundet die Religionslehrerin, daß sie eine „Provokation rechtsgerichteter Jugendlicher“ wahrgenommen habe. Laut Anklage werden die Angeschuldigten „durch die Aussagen der benannten Zeugen überführt werden“.

Die Beweismittel

Zum Beweis bezieht sich die Klageschrift auf die Aussagen von drei Zivilfahndern, von 13 SchülerInnen der 4.O (darunter die sechs „Geschädigten“), von zwei Budenaufbauhelfern, von der Religionslehrerin und sechs SchülerInnen der 2.OH. Sogenannte Inaugenscheinobjekte sind die Videokassette der 2.OH mit den gestellten Szenen, eine Fotosammlung, ein 30cm langer Holzstock (der bei einem Festgenommenen in der Jackeninnentasche gefunden wurde), eine Gaspistole und ein Seitengewehr, die aus der Tasche der Religionslehrerin stammen, sowie eine Gaspistole, die bei der Festnahme

einem nicht strafmündigen, jetzt als Zeugen benannten Schüler der 2.OH abgenommen wurde. Das Polizeivideo fehlt!

Die Fakten

Am späten Vormittag des 22.11.95 bespitzelt eine zivile Fahndungsgruppe der PolDir 7 (Weißensee), bestehend aus fünf Beamten, davon einer, mit Videokamera beständig filmend, und zwei in ihrem rollenden Büro (PKW) unterwegs, das Gelände rund um die 4. Gesamtschule Marzahn von der Marzahner Promenade aus. Etwa zur gleichen Zeit beginnen in etwa 100 Meter Entfernung die Filmaufnahmen der 21köpfigen Religionsgruppe der 2.OH unter Leitung der Kollegin Grünberg vor dem FEZ, welches den Fahndungsbereich der Zivilpolizei von der Sicht her begrenzt. Es handelt sich dabei um einen der vom Schulleiter der 2.OH genehmigten, außerhäusigen Projektstage der Anti-Gewalt-Unterrichtseinheit, die die Kollegin seit Jahren an dieser Schule im Rahmen des evangelischen Religionsunterrichts durchführt. Eigens dafür hatte sich der Schulleiter bemüht, die kaputte Schulvideokamera termingerecht reparieren zu lassen.

Zwei Schülerinnen der 4.O bemerken, während sie ihr Schulgelände vorübergehend verlassen, wie sie von einem Mann mit Bart gefilmt werden. Etwa zur gleichen Zeit kommt es am FEZ zu einem verbalen Streit zwischen einigen 2.OH-Schülern und zwei jungen Männern, die Buden für den Weihnachtsmarkt aufbauen. Dann laufen die Dreharbeiten weiter. In einer gestellten Szene holen zwei Schüler eine Schreckschußpistole und ein Seitengewehr als Requisiten heraus. Andere wollen Laten und Stöcke benutzen, die sie in den Anlagen gefunden haben. Die Lehrerin unterbricht die Dreharbeiten und nimmt die Waffen an sich. Die Dreharbeiten gehen weiter.

Kurze Zeit später besucht ein Schüler der 4.O diese Aufbauhelfer, die seine Marzahner Kumpels sind, an ihrem Arbeitsplatz und erfährt von dem Streit. Er geht sofort in die Schule zurück, um dort seinen Freunden zu erzählen, daß Türken vor dem FEZ einen Film drehen. Mit ihm verlassen rund 15 SchülerInnen die Schule. Teilweise haben sie eine Freistunde und wollen sowieso mal rüber zum FEZ oder zu den Geschäften in der Marzahner Promenade gehen. Als diese SchülerInnen durch einen Durchgang einer Hochhauszeile die Marzahner Promenade

betreten, ziehen sich die Zivilfahnder auf Sichtweite zurück. Als die SchülerInnen der 4.O den Platz vor dem FEZ betreten, bleiben die Zivilfahnder in der Promenade zurück und können von dort aus nicht mehr sehen, was vor dem FEZ passiert. Die SchülerInnen der 4.O stellen sich hinter einem Gitterzaun auf, der sich damals auf dem Vorplatz befindet. Von dort aus rufen sie mit drohender Haltung „Heil Hitler“, „Kanaken raus“ und recken den Arm zum „Deutschen Gruß“. Ein Teil der Kreuzberger nimmt diese Drohung ernst und versucht, hinter den Bauzaun zukommen. Die 4.O-Schüler rennen weg. Einige der 2.OH hinterher.

Die Zivilfahnder sehen von der Promenade aus, wie die Schüler der 4.O um das FEZ in Richtung Durchgang auf der anderen Promenadenseite gerannt kommen - in erheblichen Abstand die Schüler der 2.OH folgend. Über ihr Funkgerät rufen sie die beiden Kollegen, die im PKW sitzen, zu Hilfe, die ihrerseits Mannschaftswagen anfordern, da ihnen ihre Kollegen vor Ort außerdem mitteilen, daß sie Festnahmen planen. In der Zwischenzeit sind beide Gruppen im Durchgang verschwunden. Vor der auf der anderen Seite des Durchgangs liegenden 4. Gesamtschule machen die Schüler der 2. OH halt. Es kommt weder zu Tötlichkeiten noch zu Verletzungen. Die Kreuzberger Schüler kehren um. Die Zivilfahnder sehen die Schüler der 2.OH wieder aus dem Durchgang zurückkommen. In diesem Augenblick greifen die Zivilfahnder zu. Die Schüler, die dort nicht festgenommen werden können, flüchten zu ihrer Lehrerin auf den Vorplatz. Wenig später werden dort weitere - damit insgesamt acht Schüler - und die Lehrerin festgenommen.

Stellungnahme der trend-redaktion

Beim Aufspüren der „Geschädigten“ bekam die Polizei Unterstützung von der Marzahner Gesamtschule. Mit Hilfe des Kreuzberger Schulleiters konnten alle TeilnehmerInnen des Marzahner Unterrichtprojektes dem Täterkreis zugerechnet werden (siehe trend 3/94). Gegen diese liefen dann vier Monate lang Ermittlungen bzw. Vorermittlungen. Zwischenzeitlich sollten sie sogar mit einem sogenannten terroristischen Anschlag in Verbindung gebracht werden (siehe trend 1/95). Schließlich blieben drei Schüler, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, übrig. Ende März stand die Anklageschrift fest. Das Zustandekommen dieses Prozesses - es klingt wie ein antideutsches Märchen - kann

nur auf dem Hintergrund des politischen Klimas im neu erwachenden Deutschland erklärt werden. Am 20. April 1989 ließ der Senat von Berlin im Türkischen Fernsehen mitteilen, daß MitbürgerInnen ausländischer Herkunft an diesem Tage zu Hause bleiben mögen, da mit rassistischen Übergriffen zu rechnen sei. Seitdem stieg die Zahl rechtsradikaler Straftaten von 100 auf jetzt 1400 pro Jahr an. Solche gravierenden Entwicklungen schlagen sich natürlich im Bewußtsein nieder. In einem Bericht der Projektgruppe Fremdenhaß der GFAJ (siehe DLZ 15/95), die seit 1991 auf diesem Gebiet auch empirisch arbeitet und Jugendliche aus dem Ost- und Westteil in Projekten zusammenbringt, klang dies bei einer Kreuzberger Hauptschülerin so: *„Wir konnten keine Ausflüge halt dorthin machen und ... Was wir durchgemacht haben war schrecklich für uns!Man hat uns erstmal Dönerfresser genannt, türkische Ausländer, und dann wollte man uns anspucken und so....“*

Allein in den vier Wochen vor dem Unterrichtsprojekt in Marzahn verübten in Berlin Deutsche vier schwere Überfälle auf Vietnamesen und einen Angolaner. Ferner gab es zwei Fälle von schwerer Körperverletzung gegen einen Peruaner und einen Jugoslawen durch Deutsche. Ein Türke wurde durch Schüsse aus einer Schrotflinte von einem Deutschen lebensgefährlich verletzt. In einem Ausländerwohnheim erfolgte Brandstiftung. Trotzdem wollten die Kreuzberger SchülerInnen unbedingt ihren Film im Ostteil der Stadt drehen. Gerade auch - weil sie hofften - einmal positive Erfahrungen zu machen; denn sie wollten sich nicht in Kreuzberg isolieren lassen. Es sollte für sie keine NO-GO-AREAS geben, nur weil sie anders aussehen. Dieses Projekt war integraler Bestandteil einer geplanten SchülerInnenfahrt ins Berliner Umland.

Leider mußten in Marzahn die ausländischen SchülerInnen erneut die bittere Erfahrung machen - und hier sind sie aufgrund des strukturellen Rassismus, der im deutschen Staat nistet, besonders empfindsam - daß die faschistische Seite Teil der deutschen Alltagswirklichkeit ist. Sie wollten nicht wieder Opfer sein. Ihr Verhalten, abgeleitet aus den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und wie sie diese subjektiv erleben, war Notwehr. Sie verhielten sich so, wie man es in jedem Anti-Gewalt-Trainingsprogramm erlernt: Zeige dem Angreifer durch entschlossenes Auftreten deine Stärke ohne gegen

ihn direkt Gewalt anzuwenden und zwingt ihn dadurch zur Aufgabe seines Angriffs.

Staatsanwalt Eggebrecht, der Verfasser der Anklageschrift, scheint die Sache dagegen ganz anders zu sehen: Wenn es keine Faschisten gibt, kann es auch keinen antifaschistischen Widerstand geben. Seine Wirklichkeit ist die, wie sich in den Akten abbildet. Nämlich eine, wie sie die Polizei ermittelte, die sich bereits am Ereignistage durch entsprechende Presseinformationen das dazu passende Feedback aus der veröffentlichten Meinung verschaffte („Schulklasse jagte Skinheads“ BZ vom 24.11.94). Und genau auf dieser Grundlage erhebt Herr Eggebrecht Anklage.

Damit wird einfach über einen wesentlichen Unterschied hinweggegangen, daß der Faschist sich mit seiner Meute sein Opfer aussuchen kann. Das Opfer weiß nicht, wann und wie es angegriffen wird. Es muß in diesem Land immer um sein Leben fürchten. Mögliches Opfer ist, wer „anders“ aussieht oder seine antifaschistische Haltung nicht verheimlicht. Und damit wird der Prozeß zum politischen Skandal. Denn um diese aus den Akten konstruierte Wirklichkeit aufrechtzuerhalten, die die Folie der Anklage bildet, bedient sich Staatsanwalt Eggebrecht einer rassistischen Argumentationsfigur: „deutsch aussehende Jugendliche“ sind bedroht und gejagt worden. Demgemäß filterte er durch seine Ermittlungen drei ausländische Schüler aus dieser multinationalen Kreuzberger Lerngruppe als Täter heraus. Die Kreuzberger Jugendlichen bestätigen somit allein durch ihr Nichtdeutschsein die ihnen zur Last gelegte Straftat. 24 deutsche Zeugen aus Marzahn und Kreuzberg, werden - so meint Herr Eggebrecht - ihrer staatsbürgerlichen Pflicht nachkommen und beweisen, daß es wegen der Nichtdeutschen für Deutsche in Deutschland immer schwerer wird, Deutscher zu sein bzw. so auszusehen.

Da man auf Seiten der Staatsanwaltschaft nicht sicher sein kann, ob alle ihren Beweisauftrag erfüllen, hat man schon eine deutsche Zeugin, nämlich die Religionslehrerin, im Vorfeld des Prozesses in ihrer Beweislast geschwächt. Gegen sie läuft parallel zum Prozeß gegen die drei ausländischen Schüler ein Ermittlungsverfahren wegen Falschaussage. Jetzt kann sie sich bewähren und ihre Aussagen hinsichtlich der beobachteten faschistischen und rassistischen Provokationen widerrufen oder in einem

schlechten Erinnerungsvermögen untergehen lassen. Oder? Und das Polizeivideo? Es könnte doch die „Geschädigten“ zeigen, wie sie - von ihrer Schule kommend - sich in der Marzahner Promenade zusammenrotten, um mal am FEZ nach dem rechten zu sehen? „Durch die Polizei wurden keine Videoaufnahmen gefertigt.“ schreibt der Innensenator, Prof.Dr. Heckelmann, am 3.5.1995 in Beantwortung der kleinen Anfrage Nr. 6626. Na bitte, ein entsprechender Beweisantrag, wäre ein nicht zulässiger Ausforschungsbeweis. Stand der Auftrag der Zivilfahnder im Zusammenhang mit Vorkommnissen an der 4.O? Am 3.5.1995 gab Heckelmann dazu keine Antwort. Wird sie im Prozeß von den Fahndern selber kommen? Wahrscheinlich nicht. Denn, so wie der ganze Prozeß angelegt ist, zielt er aus Gründen der Staatsraison auf Verurteilung. Dies zeigte sich eigentlich bereits in seinem Vorfeld durch Ermittlungen am Rande der Rechtsbeugung - wie etwa die Verhöre in der 2.OH - oder durch die nicht zuerkennende Bereitschaft Entlastendes ermitteln zu wollen, wie es die Strafprozeßordnung vorschreibt.

Daß diese sogenannten Marzahner Ereignisse vom 22.11.94 zu diesem Abstrafprozeß führten, hat auch direkt etwas mit der Verantwortung von PädagogInnen zu tun. Solange ausländische Jugendliche Opfer von rassistischen Angriffen waren, wurde ihnen Trauerarbeit incl. Lichterketten als Hilfe angeboten. Als Helfer des Schwachen war man automatisch der starke, gute Deutsche, der ein Herz für die schwachen Ausländer hat. Daß hier geborene oder hier lebenswollende Nichtdeutsche diese subalterne Rolle aufbrechen, ja aufbrechen müssen, weil dies eine Überlebensfrage für sie geworden ist, das verunsichert und stellt den bisherigen, nur einseitig formulierten Konsens mit ihnen in Frage. Diesen Bruch mußten die drei Angeklagten am eigenen Leibe erfahren. Ein großer Teil ihrer LehrerInnen hat ihnen mittlerweile die Solidarität versagt und - wenn auch vielleicht persönlich ungewollt, so doch im Ergebnis - der Verfolgung durch die Staatsapparate schutzlos preisgegeben. Soweit uns bekannt ist, gibt es bisher kein Gutachten zur Vorlage bei der Staatsanwaltschaft, das die Schüler unterstützt und z.B. über den rassistischen Alltag, dem sie ausgesetzt sind, berichtet.

Stattdessen haben diese LehrerInnen zusammen mit der Schulleitung durch eine widerliche, krankhafte und frauenfeindliche Denunziationskampagne die

Suspendierung der Religionslehrerin erwirkt. Damit haben sie in Verfolgung ihrer Interessen ohne jegliche Rücksichtnahme, das dies in einem schwebenden Verfahren passiert, den Leumund der wichtigsten Zeugin der angeklagten Schülern beschädigt und damit den Schülern einen weiteren schweren Schaden zugefügt. Es grenzt schon ans Lächerliche, wollten wir von diesen LehrerInnen oder etwa sogar ihrem Dienststellenleiter in der LSA-Außenstelle, Herrn Radusch, der sich selbst rassistisch äußert, Unterstützung für die Angeklagten erwarten.

Und dennoch - es gibt eindeutige Soli-Beschlüsse der GEW-Bezirks- und Landesgremien, sowie einen entsprechenden Beschluß der Kreuzberger Personalversammlung; die Eltern der 2.OH, ihre bezirklichen Gremien und viele SchülerInnen stehen auf der Seite Angeklagten. Wir zusammen könnten vielleicht etwas bewegen? Nein wir - müssen!

Wir fordern Freispruch für alle drei Angeklagten!

Wir erheben diese Forderung in Erwägung :

- 1. daß die Anklage aus Gründen der Staatsraison Ereignisse mit dem Ziel konstruiert, nicht-deutsche Jugendliche wegen ihrer Herkunft abzustrafen. Dabei stützt sich die Beweisführung auf rassistische Argumentationsfiguren,**
- 2. daß die Angeklagten keine Gruppe bildeten und schon gar nicht deswegen, um Gewalttätigkeiten zu begehen oder die öffentliche Sicherheit zu gefährden. Vielmehr reagierten sie auf rassistische und faschistische Provokationen als Einzelpersonen mit „Verantwortungsreife“, indem jeder für sich diesen Provokationen entschlossen entgegentrat, ohne dabei Gewalt anzuwenden. Waffen wurden nicht benutzt. Daher gab es auch keine Verletzten.**
- 3. daß eine Verurteilung einerseits einem Freibrief für rassistische und faschistische Provokationen gleichkäme und andererseits dadurch Notwehrhandlungen kriminalisiert würden. Dies wäre ein nicht hinzunehmender Angriff auf antifaschistisches Handeln.**

An die
Evangelische Kirche
in Berlin - Brandenburg
-Herrn Lüpke -

Abschrift

und

An das Amt für
Evang. Religionsunterricht
im Kirchenkreis Kreuzberg
- Frau Hopp -

Berlin, den 4.5.1995

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit Bestürzung haben wir heute aus der Presse erfahren, daß die Kollegin Grünberg beurlaubt ist, ihre Schule nicht mehr betreten darf und Ermittlungen gegen sie laufen.

Wir möchten Ihnen in diesem Zusammenhang zwei Beschlüsse zukommen lassen, die im Hinblick auf Marzahn und Folgen seitens der Personalversammlung der Lehrer und Erzieher Kreuzberg sowie der Landesdelegiertenversammlung der GEW Berlin gefaßt wurden.

Wir sehen als Gewerkschaft die große Gefahr, daß hier elementare, demokratische Rechte bedroht sind, weil die Erörterung pädagogisch strittiger Fragen durch ein administratives Mittel (Berufsverbot) ersetzt werden soll.

Aus zahlreichen Gesprächen mit unseren GEW-Mitgliedern, die KollegInnen im Bezirk sind sowie Eltern und SchülerInnen wissen wir, daß Frau Grünberg seit Jahren eine wichtige und erfolgreiche pädagogische Arbeit leistet. Gerade die spezifische und schwierige Kreuzberger Schullandschaft braucht solche aufgeschlossenen und engagierten PädagogInnen.

Aufgrund dieses Kenntnisstandes haben wir kein Verständnis dafür, daß Sie angebliche Beschwerden einer Gruppe von KollegInnen der 2.OH zum Anlaß nehmen, die Arbeit von Frau Grünberg an dieser Schule zum Schaden der SchülerInnen zu unterbrechen.

Wir vermuten, daß Sie einseitig informiert worden sind und bieten Ihnen an, in einem Gespräch unsere Sichtweise darzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Gabi Berger
(1.Vorsitzende der GEW Kreuzberg)

Die LDV der GEW Berlin faßte am 16./17.1995 folgenden Beschluß bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

1. Die GEW Berlin übernimmt die Kosten des Rechtsbeistandes in der ersten Instanz für die drei angeklagten Schüler der 2.OH Kreuzberg in der Höhe, wie sie nicht durch andere Zuwendungen abgedeckt werden.

2. Die GEW Berlin protestiert gegen die ab 3.5.1995 wirksam gewordene Zwangsbeurlaubung der Religionslehrerin Grünberg und das gegen sie im gleichen Zusammenhang verhängte Kontaktverbot mit SchülerInnen und LehrerInnen in der 2.OH Kreuzberg. Die GEW Berlin sieht darin sowohl eine Berufsverbot vorbereitende Maßnahme als auch eine direkte Behinderung der Solidarität mit den betroffenen Schülern.

3. Die GEW Berlin fordert das BA Kreuzberg auf, die Fortsetzung des mit der Kollegin Grünberg bis zum Schuljahresende 1994/95 geschlossenen Honorarvertrag für Förderunterricht an der 2. OH Kreuzberg sicherzustellen und ferner deutlich zu machen, daß das Amt für evangelischen Religionsunterricht im Kirchenkreis Kreuzberg weder in öffentlichen Schulen des Bezirks ein Hausrecht ausübt noch einseitig Verträge des BA Kreuzberg mit Beschäftigten des Kirchenamtes aufheben kann.

Paradigmenwechsel

oder warum für die Durchsetzung von LehrerInneninteressen
Jedes Mittel recht sein kann

von Karl-Heinz Schubert

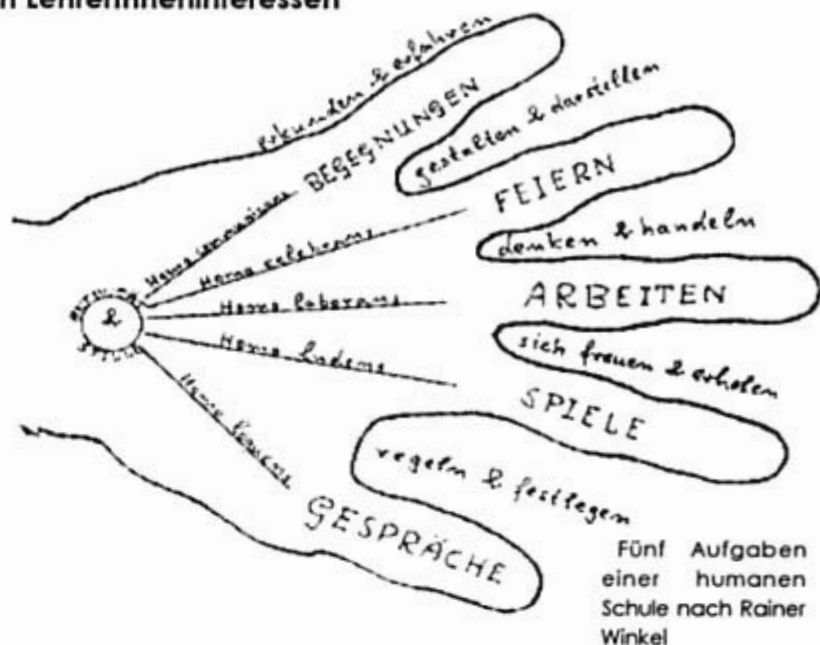
Pierre Bourdieu (1) kommt das Verdienst zu, aufgezeigt zu haben, daß subjektive Mentalität und objektive gesellschaftliche Position nicht übereinstimmen müssen. Hier könnte ein Ansatz gefunden werden, um zu erklären, warum das eher im Bezirk als konturenlos bekannte Kollegium der 2.OH infolge eines außergewöhnlichen Ereignisses - nämlich den sogenannten Marzahner Vorfällen vom November 1994 - eruptiv ein aggressiv-neurotisches Profil hervortrieb (2).

Folgen wir Bourdieus Auffassung, daß subjektive Mentalitäten nicht nur die Lebensstile rein äußerlich formen, sondern auch die Alltagsmoral, die Arbeitsethiken und das Gemeinschaftshandeln strukturieren und damit gleichsam Verarbeitungsformen von erlebter Wirklichkeit darstellen, dann sind heute für Staatsschulen folgende gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bestimmend, die - lax formuliert - am Psychokorsett von KollegInnen nagen: Die Staatsschule - und speziell die Hauptschule - gelten seit längerem in der veröffentlichten Meinung (3) als Ort, wo sich angeblich sozial vernachlässigte, zu Gewalt neigende und kommunikationsarme Kinder zum Zwecke des Wissenserwerbs zusammenzufinden haben, die sich und den LehrerInnen dort das Leben schwer machen. In diesem Kontext wird den LehrerInnen ein erzieherisches Versagen unterstellt und gleichsam die Frage aufgeworfen, ob sie die soziale Verantwortung und die damit verbundene gesellschaftliche Stellung (Beamtenstatus) aufgrund ihrer Fähigkeiten überhaupt verdient haben. Indem solche Deutungsmuster beständig an die Schule herangetragen werden, gerinnen sie zu unbewiesenen Binsenwahrheiten. Damit werden Status und Ansehen der LehrerInnen inkonsistent und das

Verlangen, jenen sozialen Verwerfungen entgegenzutreten, tritt latent hervor.

Solche, die Legitimation von Staatsschule infragestellenden, Binsenwahrheiten gedeihen auf dem Boden des Widerspruches, der sich heute in aller Schärfe zwischen der Schule auf der einen Seite und den Kapitalverwertungsinteressen sowie den veränderten Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen auf anderer Seite zeigt. Von daher waren die „Marzahner“ Vorfälle ein von außen kommendes Ereignis, wodurch sich die KollegInnen der 2.OH durch jene sozialen Verwerfungen (4) persönlich betroffen fühlten. Und 23 von 28 KollegInnen reagierten prompt mit einem offenen Brief an die Berliner Presse. Darin stellten sie sich schützend vor ihre SchülerInnen, solidarisierten sich ausdrücklich mit der Religionslehrerin Grünberg, kritisierten den Schulleiter wegen seiner Zusammenarbeit mit der Polizei und versuchten so, den Ruf ihrer Schule - sprich das Ansehen ihres Arbeitsplatzes und die dort von ihnen erbrachten Leistungen - zu verteidigen:

„Durch die Art der Darstellung wurde der Eindruck in der Öffentlichkeit erweckt, daß unsere Schüler eine Auseinandersetzung mit Jugendlichen aus Marzahn



provoziert haben. Außerdem wurde ihnen unterstellt, daß sie die alleinige Verantwortung für die Eskalation der Ereignisse tragen. Wir weisen diese Anschuldigungen zurück, daß die Schüler der Hans-Sachs-Oberschule gewalttätig sind.... Die emotionalisierenden Darstellungen in der Presse haben dem Ruf der Hans-Sachs-Oberschule schwer geschadet und behindern die pädagogische Arbeit erheblich.“ (5)

Es sollte sich jedoch bald zeigen, daß nicht etwa eine gemeinsame politische Einsicht in die Ungeheuerlichkeit des polizeilichen Vorgehens gegen die SchülerInnen das treibende Motiv der breiten Kollegiumsmehrheit gewesen war. Schon wenige Tage später, als sich in der Schule blitzschnell herumgesprochen hatte, daß der Schulleiter die Abberufung der Religionslehrerin von der 2.OH gefordert hatte, begannen einige KollegInnen als besorgte Beamte eifertig (Beweis-)Material gegen diese Kollegin zu sammeln und dem Schulleiter als Argumentationshilfe in die Hand zu spielen. Besonders ein reddegewandter und seit den 70er Jahren politisch geschulter Kollege übernahm nun die Rolle desjenigen, der die scheinbar unbegriffenen Bedeutungszusammenhänge des Arbeitsplatzes Schule für

die Mehrheit plausibel dechiffrierte. Er legitimierte das beginnende Mobbing mit sogenannten tieferen theoretischen Einsichten in den Gang der deutschen Geschichte nach 1989 und verkaufte sein Konstrukt als historisch notwendigen Paradigmenwechsel, den jeder gute Mensch (Pädagoge) zu vollziehen habe, weil sein Konstrukt wahr sei. Diejenigen, die sich diesen tieferen Einsichten nicht zu öffnen vermochten, überzeugte er mit der Attitüde des Biedereren, allein um die Kinder besorgten Pädagogen. Als solcher fühlte er sich berufen, überall dort, wo er ewiggestrige, linksdogmatische LehrerInnen vermutete, diese zu enttarnen, damit ihnen, den Kindesmißbrauchern, endlich das Handwerk gelegt werden könne. So schrieb er mir am 10.3.1995 in einem Brief:

„Erkläre besagter >Evi<, in tiefer Besorgnis um die Zukunft unserer Schüler, daß es pädagogisch verantwortungslos ist, Kinder mit großen erzieherischen Defiziten noch dazu im >Religionsunterricht< aufzustacheln bzw. zu ermuntern, sich stets als >Opfer< anzusehen und Lehrer als >Schuldige< hinzustellen. Erwachsene, die wie >Evi< handeln, schaden der Zukunft unserer Schüler außerordentlich! Denn sie instrumentalisieren Schüler für ihr eigenes Feindbild bzw. ihre eigenen ungeklärten Konflikte.“

Der Schulleitung, seit Jahren Projektionsfläche zyklisch auftretender KollegInnenschelte, kam diese Entwicklung gerade recht. Sie duldete, stimmte konkludent zu oder betrieb aktiv - je nach Tagesform - den Zusammenschluß eines großen Teils des Kollegiums zu einer Schicksalsgemeinschaft, die in diesem ideologischen Rollback ihre pädagogische Identität wiederentdeckte. Dies vollzog sich in wahrlich karthasischer Weise: Schreikrämpfe, vor Erregung puterrotes Anlaufen, tremolierende Stimme, depressiv stummes Schluchzen, Entladungen motorischer Art, Lachen im Chor, Grimassieren, monologisierende Selbstdarstellungen garniert mit Klagen und Anklagen, Inszenierungen von Pseudo- und Realängsten etc. Was bloß noch fehlte, war die gemeinsame Tat, welche dieser Schicksalsgemeinschaft Konsistenz verleihen sollte. Hier bot sich die Kollegin Grünberg schon deswe-

gen für verrätertheoretische Erklärungsmuster und daraus abgeleitete Sanktionen an, weil ihr ungeschützter Beschäftigungsstatus Gewähr für Erfolg versprach. Zum andern war es ihr pädagogisches Selbstverständnis, das sich partout nicht in die seit „Marzahn“ herbeigesehnte Kasernenhofdisziplin einfügen lassen wollte.

Mitte April 1995 begaben sich 13 KollegInnen (6), angeführt von der Schulleitung zum Kirchenamt, um sich kollektiv - aus Sorge um ihr Ansehen - beim Kirchenamt über die Kollegin Grünberg zu beschweren:

„Elternhäuser ohne Autorität, fehlende Identität bei vielen Jugendlichen, eine starke Neigung zum Einsatz von Gewalt, das sind einige der Probleme, denen wir uns als Klassenlehrer/innen und Fachlehrer täglich stellen müssen. Wenn in einer solchen Situation der offizielle Religionsunterricht dazu mißbraucht wird, unsere persönliche und berufliche Integrität anzugreifen, können wir, auch im Interesse der Zukunft unserer Schüler, für die wir uns engagieren, dazu nicht mehr länger schweigen.“ (7)

Die Gruppentat war erfolgreich. Sofort wurde die Kollegin Grünberg seitens des Kirchenamtes suspendiert und damit in ein befristetes Berufsverbot geschickt. Die Schicksalsgemeinschaft war konstituiert.

Kehren wir nun zum Ausgangspunkt zurück. Jeder klar denkende Mensch wird anerkennen, daß es unmöglich ist, daß innerhalb von drei Monaten aus einer friedlichen Hauptschule ein Ort der Gewalttätigkeit wird. Welche Aussage der KollegInnen ist aber zutreffend? Die vom Dezember 1994 oder die vom April 1995? Für sie ist beides subjektiv wahr. Nicht etwa weil sie halluzinieren, sondern weil ihre mentale Befindlichkeit, ihr beruflicher Habitus und ihre Verarbeitungsformen von Wirklichkeit in letzter Konsequenz von ihren materiellen Interessen abhängen. So wie Staatsschule heute organisiert ist, sind Kinder und Jugendliche nichts weiter als Lernobjekte in einer zu diesem Zwecke staatlicherseits betriebenen Institution. (8) Daher kann die Wahrnehmung des sozialen Raumes Schule von innen heraus aufgrund dieser strukturellen Bedingungen nur zur Reflektion der eigenen Standesinteressen führen. Was

also lag für die Mehrheit der 2.OH-KollegInnen näher, als ihr immergleiches Berufsstandesinteresse (Werktags gehört die Schule uns!) in eine Beweisführung zu kleiden, die für dieses Interesse selber völlig ohne Belang ist und daher die Frage nach wahr oder unwahr eigentlich obsolet macht? SchülerInnenverhalten als argumentatives Beweismittel einzusetzen, ist gleichsam das Klappern, das zum Handwerk gehört. Von daher fand an der 2.OH auch kein Paradigmenwechsel statt, sondern es erfolgte lediglich eine chimärengleiche Anpassung von den, den sozialen Verwerfungen hinterhinkenden, subjektiven Mentalitäten an die für objektiv befundenen Erfordernisse unter Wahrung der eigenen Standesinteressen.

In dem Maße wie für eine Interessenartikulation deren Beweisführung einerlei ist, spielt der Preis der Durchsetzung der Interessen keine Rolle, solange man selber nicht (bildlich) zur Kasse gebeten wird. Dies ist jedoch weder im Fall Grünberg noch hinsichtlich der wegen der Marzahnereignisse angeklagten drei 2.OH-Schüler zu erwarten. In den Sozialwissenschaften ist die Erkenntnis gesichert, daß solche Gruppen/Schicksalsgemeinschaften nur Bestand haben, wenn wiederum eine sie verbindende Tat alsbald folgt. Kommt dieses Ritual nicht zustande, zerfällt die Gruppe. Im übrigen ist es nicht ausgeschlossen, daß das neue Opfer aus dieser Gruppe selber stammt. Dies könnte dann erfolgen, wenn man sich von der ersten Tat zu distanzieren gezwungen sieht und eine plausible Schuldzuweisung benötigt wird.

1) Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede, Ffm 1982

2) siehe dazu die entsprechende Berichterstattung in: Berliner Zeitung vom 6./7.5.1995, taz vom 8.5.1995, Kreuzberger Wochenblatt vom 11.5. und 18.5.1995

3) Siehe z.B. die Titelstory des Spiegel vom 14.6.1993, Nervenkrieg im Klassenzimmer, Horrorjob Lehrer

4) Tatort Schule: Gewalt und Terror lernen mit, lautete die Headline eines Artikels in der BZ vom 1.12.1994 und darin zu lesen war: „Erst letzte Woche jagten Zöglinge der Kreuzberger Hans-Sachs-Hauptschule in Marzahn andere Jugendliche. Die Polizei mußte eingreifen.“

5) trend 3/94

6) 11 von diesen 13 KollegInnen hatten den in 5) zitierten Brief vom Dezember verfaßt

7) Das Zitat stammt aus dem Beschwerdebrief dieser 13 KollegInnen, den diese am 31.3.1995 an das Kirchenamt schickten und auf dessen Grundlage diese Gruppe dann das Beschwerdegespräch Mitte April 95 führte. Nach den Osterferien schickte jeder dieser KollegInnen nochmals seine persönlichen Anschuldigungen schriftlich gesondert, nachdem das Kirchenamt darum gebeten hatte.

8) vgl. dazu: Klaus Holzkamp, Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung, Frankfurt/Main 1993

.... das Leben werden sie jedenfalls nicht bewältigen können, wenn sie die Hausordnung der Schule kennen

Auszüge aus einem Tätigkeitsbericht
von Evelyn Grünberg

..... Aufgrund dieser beschriebenen Voraussetzungen gibt es sehr viel Arbeit für den Religionsunterricht, welcher aber hier weder mit reiner Liebe, noch mit klarer Distanz auskommen wird. Der Untergang ist beidem bestimmt, weil das eine zu naiv und das andere zu kalt ist, um an diese Schüler/innen heranzukommen. Wenn man mit ihnen arbeiten will, muß, man für ihre Äußerungsformen auch Begeisterung entwickeln, man darf aber nicht auf sie hereinfallen, sondern sollte sie immer in ihren strengen Zusammenhängen sehen und an diese pädagogisch anknüpfen. Thema und Form des Unterrichts müssen sich darauf beziehen und jede Vereinseitigung des pädagogischen Verhaltens im oben beschriebenen Sinne vermeiden.

Das Ernstnehmen der Schüler/innen in ihren Äußerungen und Bedürfnissen ist nicht identisch mit dem Wörtlichnehmen ihrer Person, sondern mit dem Versuch, ihre Wahrnehmung für diese Welt zu öffnen, nicht im Hinblick auf einen möglichen, konsumierenden Genuß, sondern mit dem Ziel der Verarbeitung der sie betreffenden Verhältnisse und tendenziellen Aufhebung der eigenen verdinglichten Lebensenge. Die Unruhe der Hauptschüler/innen allem Erkennen und ruhigem Aneignen von Gegenständen gegenüber, der schnelle Wechsel von Reizbarkeit und Erlahmung, die dauernden Rückzüge und Verneinungen zeugen von Zerrissenheit in den libidinösen Beziehungen seit den Phasen in der frühen Kindheit. Die organisierte schulische Fixierung der Hauptschüler/innen auf

den Körper, die Kraft und alles Praktische in der Welt schließt eine weite Kastration mit ein und wird sich in ihren späteren Lebens- und Arbeitsverhältnissen unendlich fortsetzen.

So ist der Begriff „religionspädagogischer Ansatz“ im allgemeinen sehr verfehlt, weil er sich in der Geschichte der Pädagogik nicht um das Zerrissene schert, sogar aus einem eigenen Engagement und Drang es aus sich selbst hervorbringt. Soll der „Ansatz“ Genuß erzeugen, schließt er Auseinandersetzung aus, fordert er diese, meidet er die Identifizierung. Die Verselbständigung der Teile richtet sich nach den gesamtgesellschaftlichen Forderungen, die Pädagogik entwickelt sich dazu, um diesen zu genügen. Der „Ansatz“ opfert im allgemeinen das eine dem anderen, so daß er die vorausgesetzte, vorgefundene Verstümmelung festigt und übertrifft. Die Bewußtlosigkeit darüber ist an den unkomplizierten, sturen, selbstverständlichen Vorgehensweisen, an abstrakten Werten und gleichzeitig an den modernen Hilflosigkeiten von Ansätzen abzulesen. Die begriffliche Auseinandersetzung ist an dieser Stelle nicht zu führen, sondern stünde dringend notwendig im religionspädagogischen theoretischen wie praktischen Rahmen an.

Die Arbeit mit den Schülern/innen im Religionsunterricht folgt einem Balancierungsversuch zwischen dem Tatsächlichen und dem Verdrängten ihrer Existenz, so daß ihnen verschiedene Aktivitäten und Formen zugemutet werden: Lesen und Verarbeitung von Texten und Bildern, Diskussion von Problematiken, Anhören von



Erzählungen, schriftliche Formen der Verarbeitung und des literarischen Rollenspiels, Szenenspiel, Interpretation von Filmen und Filmszenen, Arbeit mit dem Tonband, Schreiben von kleinen Drehbüchern, Arbeit mit der Videokamera, Arbeit als Schauspieler, Überarbeitung der Videofilme (auch Videoschnitt), Diskussion mit schulfremden Institutionen, Interviews auf der Straße u.s.w.

In zwei Jahren können viele Themen und Arbeitsformen mit den Schülern/innen ausprobiert, die Vor- und Nachteile jeder Arbeit abgewogen und zusammenhängende projektartige Arbeiten geleistet werden. Haben die Schüler/innen einen Punkt des Themas gefunden, der sie in Bewegung bringt, können sie sich über lange Zeiträume an behandelte Problematiken erinnern und werden aufgefordert, diese zu verbinden. Nicht die Aneinanderreihung ist das Ziel, sondern die verarbeitende Verknüpfung der Teile, wobei es sehr darauf ankommt, daß das Zusammenspiel im Unterricht, weil es nicht um Lernzuwachs im motivationalen Sinne geht, didaktische Zugriffe vermeidet. Der Wechsel in den Arbeitsformen und Medien dient in den Projekten nicht dem motivierenden Reiz, sondern resultiert aus den verschiedenen Dimensionen des Themas selbst, dem gesamten Begründungszusammenhang, in welchem jedes Thema steht, will man es nicht nur streifen. Die Projekte haben nicht die Funktion, daß die Schüler ständig durch Besuche außerschulischer Orte Erfahrungen machen, sondern nehmen vor allem die schon vorhandenen Erfahrungen

gen und Widersprüche der Schüler/innen auf, um diesen in vielfältigen Formen zum Ausdruck zu verhelfen.

Bei dem Thema „Alkoholismus“ sollen die Schüler/innen wissen, welche Stadien ein Alkoholiker durchlebt, sollen Lebensgeschichten von Alkoholikern kennenlernen, um sich ein Bild von diesen zu machen, sollen die „Straße“ in der Stadt und Therapiestätten aufsuchen, sollen unter historischen, soziologischen und psychologischen Aspekten Ursachen bestimmen und ihre eigenen Verhältnisse in diesem Zusammenhang reflektieren. In ähnlichen Schritten, mit unterschiedlichen Schwerpunkten, erfolgt die Arbeit an vielen Themen: Drogen, Jugendkriminalität, Sexualität, Krieg, Nationalsozialismus, Mord, Diebstahl, Jugendsekte, Jugendgruppen, Popstars etc.

In dem Thema der „Gewaltanwendung gegen Kinder“ sollen die Schüler/innen unterschiedliche Formen der Gewaltausübung kennenlernen, den Zusammenhang zwischen Familienstrukturen, Arbeit und Brutalität ergründen, sich mit Aggressionen und Unterdrückungsformen auseinandersetzen, den Übergang zu eigenen Gewaltformen finden. Wenn ein Videofilm daraus entsteht, geht die Phantasie noch einmal die beschrittenen Wege ab, um hier und dort zu spielen, eine Grenze zu setzen, sich zu distanzieren, wertende Standpunkte zu formulieren und vieles mehr. Die Aufwendigkeit des Projekts setzt sich deutlich von den engen Verhältnissen der schulischen Einzelstunde ab, kann aber, will es einmal umfassende Arbeit in hier beschriebenen Sinne leisten, nur in diesem Aufwand betrieben werden.....

.....Eine weitere große Wichtigkeit haben die außerschulischen Freizeiten für die Schüler/innen, welche für jeden Jahrgang, entweder nur die Hans-Sachs-Schüler/innen betreffend oder auch die Schüler/innen des Teamzusammenhangs, etwa halbjährlich stattfinden. Die im allgemeinen drei Tage dauernden Freizeiten in Berlin haben zum Ziel, daß sich alle Beteiligten besser kennenlernen, sich Beziehungen herstellen oder intensivieren, Vorurteile abgebaut, gegensätzliche Ängste überwunden werden. Dadurch, daß mehr fortlaufende Zeit als im Unterricht zur Verfügung steht, können sich häufiger Situationen für

gemeinsame Erlebnisse, Erfahrungen und Gespräche herstellen, und auch mehr Spaß. Das Unterrichtsthema kann in einer angenehmeren Atmosphäre und ohne den üblichen Zeitdruck und Rahmen in einer größeren Intensität ergänzt werden, oder es werden in sich geschlossene kleinere Unterrichtseinheiten ersonnen.

Die Freizeiten werden aus verschiedenen Gründen von den Schülern/innen sehr begehrt, vor allem sicher wegen möglicher Zusammenhänge und Kommunikationen, aber auch um der Familie und der Schule, auch dem Bezirk ein bißchen zu entfliehen, andere Gegenden mit ihren Vorzügen zu genießen und zu erkunden. Alle Freizeiten haben sich auch positiv auf den Unterricht ausgewirkt und sind deshalb innerhalb des gesamten Hauptschulprojekts von großer Bedeutung.

Neben den Berliner Freizeiten fanden für die Hans-Sachs-Schüler/innen eine Fahrt nach Plößberg, Nähe Weiden, und eine Reise nach Italien, Nähe Lucca, statt. Obwohl die zweiwöchige Auslandsfahrt alle bisherigen Freizeiten im wahrsten Sinne des Wortes in den Schatten stellte, birgt auch eine gemeinsame Fahrt nach Westdeutschland für die Schüler/innen viele Möglichkeiten, die durch das Land im Gegensatz zur Stadt bestimmt sind. Bauernhöfe, Tiere, Seen, Wälder und weite Landschaften zum Laufen, Fahrradfahren und Gucken liegen vor dem Haus und bieten alle Qualitäten, die den Berliner Jugendlichen in der Stadt absolut fehlen. Wenige Eltern in Kreuzberg verreisen mit ihren Kindern, so daß ein wirklicher Mangel bei den Schülern/innen an Erholung, Bewegungsmöglichkeit und auch einfach Fremdem besteht; sie kennen ja nicht einmal die Stadt, in der sie wohnen.....

.....Fast alle erwähnten Punkte - die Förderung der Selbständigkeit und Beweglichkeit, der Kontakt mit der Natur, das Kennenlernen fremder Kulturen - können bei einer Auslandsfahrt angenommen und als gewaltiger Vorsprung gegenüber anderen Fahrten begriffen werden. Gerade für die Kreuzberger Hauptschüler/innen können diese zu einem wichtigen Teil der jugendlichen Sozialisation gerechnet werden, welche noch einmal, nach der kindlichen Entwicklung, grundlegend das letzte Mal, alle Chancen zu

Öffnung und Veränderung der gewohnten Lebensformen und psychisch vorherrschenden Strukturen in sich birgt. Hält man die Schüler/innen nur im täglich gewohnten Zirkel zum Lernen an, so werden notwendige Prozesse verpaßt und für immer verloren. Gerade die Kreuzberger Schüler/innen lernen aus verschiedenen Gründen, welche hier nicht näher auszuführen sind, sehr wenig in der Phase der Pubertät, besonders wenig in der Adoleszenz; das Leben werden sie jedenfalls nicht bewältigen können, wenn sie die Hausordnung der Schule kennen.....



Kolleginnen und Kollegen der 04.OH Kreuzberg

an: Personalrat Kreuzberg, Landesschulamt, Außenstelle Kreuzberg, Herrn Radusch, Bezirkslehrer Ausschuss, Bezirkselementar Ausschuss, Bezirksschüler Ausschuss, Bezirksschulbeirat, Schulleitung der 02. OH Kreuzberg, Kollegium der 02. OH, Gesamtschülervertretung der 02. OH Kreuzberg, Gesamtelternvertretung der 02. OH Kreuzberg, Bezirksleitung der GEW, Gewerkschaft der Polizei

Die Kolleginnen und Kollegen der 04. OH Kreuzberg sind empört und bestürzt über die Vorgänge in Verbindung mit der 02. OH Kreuzberg.

Die unterzeichnenden Kolleginnen und Kollegen sehen sich durch die Ermittlungsverfahren gegen die Schüler der 02. OH, das drohende „Quasi-Berufsverbot“ für die inhaltliche und organisatorische Arbeit der Kollegin Grünberg und die Verdächtigung des Kollegen Schubert, eine terroristische Gruppierung zu unterstützen, in ihrer weiteren pädagogischen Arbeit stark bedroht.

Verfassungsmäßige demokratische Rechte und die antifaschistischen Grundsätze der Erziehung werden für eine notwendige multikulturelle erzieherische Arbeit in Frage gestellt.

Berlin, den 7.3.1995

23 Unterschriften

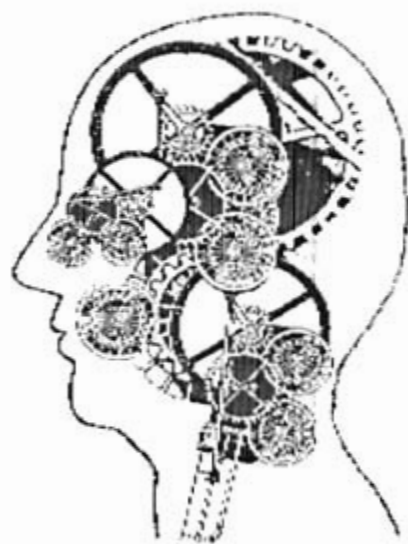
Lebenskunde an der Lenau-Grundschule

Ein Erfahrungsbericht von Frank Rieleit

Als ich vor vier Jahren mit 10 Kindern einer 2.Klasse an der Kreuzberger Lenau-Schule mit dem Lebenskunde-Unterricht anfang, hatte ich kaum praktische Vorstellungen davon. Der Alltag und die kleinen und großen Fragen der SchülerInnen sollten vor dem theoretischen Hintergrund eines an Aufklärung und Vernunft orientierten Humanismus besprochen und bearbeitet werden, ohne nur abstrakt ethische Prinzipien zu vermitteln. Die Kinder sollten bei ihren eigenen Lebenserfahrungen abgeholt und zur gemeinsamen kreativen, spielerischen und phantasievollen Reflexion angeregt werden. Aus jahrelanger Arbeit mit Kindern im außerschulischen Bereich kommend, lag es mir nahe, ohne den im Unterricht üblichen Erfüllungsdruck bindender Lehrpläne sowie für die SchülerInnen ohne Leistungs- und Zensurenkontrolle zu arbeiten. Inzwischen besuchen wöchentlich 150 Kinder meinen Lebenskunde-Unterricht, und ich blicke auf die unterschiedlichsten Stundenverläufe zurück.

Anfangs sind meist die „positiven“ Themen beliebt: Freundschaften, erste Verliebtheit, Stars und Idole. Bald sind damit aber auch deren Kehrseiten auf dem Tisch: Warum streitet man sich? Wie entstehen Konflikte? Wie verhalten wir uns dabei? Welche Erwartungen haben wir an unsere Umwelt und die Menschen, mit denen wir zusammen sind? Wie gehen wir mit Enttäuschungen unserer Vorstellungen um? Oft bringen Kinder erlebte Konflikte mit in den Unterricht oder in der Stunde selbst kommt es zu Auseinandersetzungen. Dann steht alle Stundenplanung zurück und wir machen uns gemeinsam auf die Suche nach Gerechtigkeit im anstehenden Streitfall. Welche individuellen Beweggründe führten zum Konflikt? Wer fühlte sich verletzt und wurde es wahrgenommen? Wie messen wir eigentlich Ungerechtigkeit und wie können wir dagegen vorgehen? Im Gespräch, im Spiel oder im Rollen-

spiel versuchen wir, diesen Fragen auf den Grund zu kommen. Häufig berichten Kinder im Stuhlkreis am Anfang der Stunde auch Erlebnisse von Angst oder Trauer, sei es selbst Erfahrenes oder Gesehenes in Film und Fernsehen. Selbst Träume oder Phantasien können Themen einer Lebenskunde-Stunde sein. Jederzeit besteht das Angebot, sich den anderen mitzuteilen, und selbst zu üben zuzuhören, „mitzufühlen“ und mit eigenen Erfahrungen zu vergleichen.



Im Gegensatz zum Religionsunterricht, in dem von höheren Mächten die Rede ist, die bei der Bewältigung der menschlichen Probleme zur Seite stehen, fragen wir uns in Lebenskunde nach unserer eigenen Verantwortung für unser Tun, für unsere Mitmenschen, für unsere Umwelt und für uns als Teil des gesamten Lebens auf der Welt. Gerade auch vor dem multikulturellen Hintergrund der Schülerschaft unserer Schule sprechen wir über Besonderheiten und Unterschiede von Religionen und Kulturen. Wenn wir uns im Unterricht fragen, ob es einen Gott, Himmel und Hölle oder ein Leben nach dem Tod gibt, hören die Kinder von mir zwar, daß ich nach meinen Erfahrungen und meiner Kenntnis der Wis-

senschaft nicht an einen Gott glaube, es aber zur Realität gehört, daß viele Menschen und womöglich auch SchülerInnen der Lebenskunde-Gruppe es tun. Wir diskutieren dann, warum Menschen überhaupt glauben und was dieser Glaube positiv wie negativ bewirken kann.

Vier Jahre Lebenskunde - das waren nicht nur „Lagerstunden“, sondern auch viel Spaß bei Spielen, in denen wir uns, unser Verhalten und unsere Bedürfnisse besser kennenlernen und ausagieren konnten, in denen wir in Projekten unsere Umwelt genauer wahrnehmen und unsere Beziehungen dazu deutlich machen konnten, und in denen wir auch bei Aktionen außerhalb der Schule lernen konnten, daß Menschen anderswo in der Welt ganz andere Freuden und Sorgen erleben, die dennoch auch mit uns zu tun haben, z.B. beim Besuch eines Flüchtlingsheimes, eines Dritte-Welt-Ladens oder einer Afrika-Ausstellung. Sicher ist die offene thematische Form von Lebenskunde auch zuweilen problematisch. Einige SchülerInnen genießen es, einfach „mal die Sau rauszulassen“, wenn keine herkömmlichen Sanktionen drohen. Manchmal braucht es gute Nerven, um mit den Kindern über ihren Teil der Pflichtverantwortung für den Unterrichtsablauf ins Gespräch zu kommen. In ein oder zwei Wochenstunden sind Probleme einzelner verhaltensauffälliger Kinder auch nicht grundsätzlich aufzubrechen. Beim einen oder anderen ist gleichwohl die besondere Lebenskunde-Atmosphäre hilfreich, gewohnte Verhaltensmuster zu verlassen und neue auszuprobieren.

Unterm Strich läßt sich sagen, daß Lebenskunde sich an unserer Schule allmählich etabliert. Wenn die politischen Querelen um die zukünftige Stellung und Finanzierung von Lebenskunde endlich einmal abgeschlossen werden, so daß der Unterricht in seiner jetzigen Form, d.h. notwendigerweise auf der Basis der freiwilligen Teilnahme, erhalten und finanziell genügend ausgestattet wird, könnte er als Ort des Abschaltens von Schulstreß, der undogmatischen Orientierungshilfe für Lebensfragen und nicht zuletzt des Verstehens multikulturellen Zusammenlebens einen festen Platz im Stundenplan jeder Klasse bekommen.



Dringlichkeitsantrag zur Lage der Kurden

aus der LDV

Die GEW Berlin erklärt sich solidarisch mit dem Kampf des kurdischen Volkes um sein Selbstbestimmungsrecht.

Die GEW Berlin verurteilt die türkische Invasion in Nordirak und jede weitere Militäraktion gegen das kurdische Volk.

Die GEW Berlin verurteilt die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei (wie Folter, Verschleppungen, Exekutionen).

Die GEW Berlin fordert von der Bundesregierung, sich für folgende Forderungen einzusetzen:

Beseitigung des türkischen sog. Anti-Terror-Gesetzes, insbesondere Artikel 8 (separatistische Propaganda), nach dem sich bereits strafbar macht, „wer nur mit Worten für mehr Rechte der Kurden in der Türkei eintritt“

Freispruch für den türkischen Schriftsteller Yasar Kemal und anderer oppositioneller Schriftsteller und Journalisten

Bekanntgabe der Aufenthaltsorte des Kurden Hasan Ocak und aller anderen „Verschwundenen“

Auflösung des staatlichen Sicherheitsrates und der Militärgerichte

Ferner fordert die GEW Berlin von der Bundesregierung:

Keine Kriminalisierung und Verfolgung von Kurden und ihren Vereinen wegen des Einsatzes für kurdische Belange unter dem Vorwand der Terrorismus-Bekämpfung

Keine Abschiebung von Kurden in die Türkei

Keine Militärhilfe für die Türkei

Die GEW Berlin verurteilt die bruta-

len und provokativen Schlagstockeinsätze der Polizei auf der Friedensdemonstration am 7.5.95 gegen PKK-Fähnchen-schwingende Kurden sowie die Verhaftungen.

Begründung:

Mit Beendigung des türkischen Angriffs gegen die Kurden in Nordirak hat die türkische Regierung den Kampf gegen das kurdische Volk und seine Rechte nicht aufgegeben. Vielmehr wurden in den letzten Tagen fortdauernde Menschenrechtsverletzungen bekannt, wie u.a. eine große Anzahl von Verschleppten (Stern v. 11.5.95) und der Gesinnungsprozeß gegen den populären türkischen Schriftsteller Yasar Kemal (Spiegel v. 8.5.95). Vorläufiger Höhepunkt war, daß der türkische Justizminister am 11.5.95 in der deutschen Presse offen zugegeben hat, daß 'Exekutionen ohne Urteil alltäglich geworden' seien. In der Türkei werden Menschen

Antragsteller: MTV Kreuzberg

Dringlichkeitsantrag für die LDV der GEW Berlin am 16. und 17.5.95 zu den Verhaftungen in Sachsenhausen

1. Die GEW protestiert gegen die Behinderung der Gedenkfeierlichkeiten zum 8. Mai in den ehemaligen KZs Sachsenhausen und Ravensbrück durch die Polizei. Viele Menschen (laut Presse ca. 130) wurden wegen ihrer vermuteten linken Gesinnung ausgeschlossen.

2. Die GEW verurteilt die polizeilichen Aktionen gegen antifaschistische Jugendliche aus Berlin, Bitterfeld und Halle, sowie von anderen Gedenkwilligen aus Wuppertal, darunter zwei Journalistinnen, während

der Gedenkfeierlichkeiten zur Befreiung der KZs Sachsenhausen und Ravensbrück. Es ist unerträglich, daß 50 Jahre nach der militärischen Niederlage Deutschlands eine Selektion (Polizei-Jargon) der Menschen, die einerseits der Opfer gedenken dürfen und denen das andererseits verwehrt wird, vorgenommen wird.

3. Die GEW fordert die Aufklärung dieser gut dokumentierten Vorfälle, eine Entschuldigung bei den jungen Menschen, die Herausgabe der Fotos, sowie die Löschung der Daten im

Polizeicomputer.

4. Die GEW wird sich im DGB für eine breite Diskussion über die Rolle der Polizei im neuen Deutschland, besonders unter Berücksichtigung aller Vorfälle um die unterschiedlichen Gedenkfeierlichkeiten aus Anlaß des 8. Mai einsetzen.

5. Die GEW unterstützt die Betroffenen in ihren Bemühungen um ein rechtstaatliches Verfahren gegen die Polizei und der für deren Einsatz Verantwortlichen.

6. Die GEW hofft, daß sich insbesondere die Jugendlichen trotz der bekannten Polizeimaßnahmen nicht von weiteren antifaschistischen Aktivitäten abhalten lassen.

Diesem Antrag wurde die Dringlichkeit zuerkannt, jedoch konnte er aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden und wurde zur Beschlußfassung an den LV überwiesen.

ZeugInnen gesucht!

Es werden zum Nachweis, daß es am 22.11.1994 zwischen 11.00 und 12.00 Uhr zu rassistischen und faschistischen Provokationen gekommen ist, noch dringend ZeugInnen gesucht!! Wer kann Hinweise zur Marzahner Fascho-Szene geben? (Bitte meldet Euch bei der Adresse im Impressum Seite 27)

vor Gericht gestellt, „weil sie gegen geltende Gesetze verstoßen haben die mit Rechtsstaatlichkeit nicht in Einklang zu bringen sind.“ (Tagessp. v. 11.5.95) Nach §8 des sog. Anti-Terror-Gesetzes macht sich jeder prokurdische Demokrat strafbar. Es erscheint illusionär anzunehmen, daß sich die Lage der Kurden und fortschrittlichen Türken in der Türkei ohne internationale Proteste ändern wird. Die Bundesregierung hat die türkische Regierung bis zum Krieg mit Waffenlieferungen unterstützt, und diese-Unterstützung droht weiterzugehen. Aus der Bundesrepublik

können Kurden in die Türkei abgeschoben werden. Nicht zuletzt können solche Polizeieinsätze wie letztes auf der Friedensdemonstration am 7.5.95 gegen friedlich demonstrierende Kurden von der türkischen Regierung als Unterstützung für ihren Kurs gesehen werden.

Demokratische Kurden und Türken sind in großer Anzahl in der GEW organisiert; deren Belange dürfen wir nicht ignorieren.

Diesem Antrag wurde die Dringlichkeit zuerkannt, jedoch konnte er aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden und wurde zur Beschlußfassung an den LV überwiesen.

Gremien und die Erprobung von Schulversuchen der kollegialen Schulleitung und von Schulleitung auf Zeit.



3. Die GEW BERLIN lehnt stückweise Änderungen des Schulverfassungsgesetzes ab. Sie fordert die Verantwortlichen, insbesondere die Senatschulverwaltung und die umfassende Novellierung des Schulverfassungsgesetzes wieder aufzunehmen. Dabei sind die seinerzeit (1989/90) gefaßten Beschlüsse schulischer Gremien und des Landesschulbeirats zu berücksichtigen.

4. Größere Handlungsspielräume für die Einzelschule bei der Mittelverwaltung und bei Schwerpunktsetzungen, wie sie in den vergangenen Jahren von vielen Schulen ausgebildet wurden, sollen unbürokratisch gefördert werden, ohne sie als Profilbildung im Sinne einer Schulreform hochzustilisieren. Auch dafür bedarf es in der Regel zusätzlicher Personal- und Sachmittel.

5. Der GLV wird aufgefordert, das Thema „Schule in erweiterter Verantwortung“ zum Schwerpunktthema der nächsten LDV zu machen.

6. In Vorbereitung dieser LDV werden zentrale und bezirkliche Foren durchgeführt, wo mit SchülerInnen und Eltern, sowie VertreterInnen anderer gesellschaftlicher Gruppen und Verbände die Thematik aus deren Sicht erörtert wird.

*) In der Aussprache wurde noch auf ein entsprechendes Rundschreiben verwiesen. Diese Quelle wurde in den Antragstext mit aufgenommen. Diese geringfügige Änderung lag der trend-Redaktion bei Drucklegung nicht vor.

-bert

GEW-LDV lehnt Senatskonzept über die "Schule in erweiterter Verantwortung" ab!

Auf der letzten LDV am 16./17.5. 1995 wurde nachstehend abgedruckter Beschluß mit sehr großer Mehrheit gefaßt. Wichtig ist der Punkt 6, weil hierin die Verpflichtung ausgesprochen wird, dieses Problem nicht nur als eines von PädagogInnen behandeln zu wollen. Für Kreuzberg heißt dies konkret, daß sofort nach den großen Ferien entsprechende Aktivitäten zu entfalten sind, damit ab Oktober solche Foren durchgeführt werden können.

1. Die GEW BERLIN bekräftigt ihren Beschluß vom 9.6.1994 zum Thema „Autonomie in der Schule“.

2. Die GEW BERLIN lehnt die Konzeption „Schule in erweiterter Verantwortung“ in der von der Senatsschulverwaltung am 08. Februar 1995(*) vorgelegten Fassung ab: Die angebliche Reform der Berliner Schule verkommt unter dem Prinzip der Kostenneutralität bei gleichzeitiger Fortschreibung der Mittelkürzungen im Schulbereich zu einem Konzept der Mängelverwaltung. Damit soll die Verantwortung für weitere Verschlechterungen der schulischen Rahmenbedingungen von den politisch Verantwortlichen auf die Einzelschule abgeschoben werden. Soll die Schule

den sich ändernden Anforderungen gerecht werden, müssen weitere Mittelkürzungen unterbleiben und statt dessen die für echte Reformen und Profilbildungen nötigen zusätzlichen Personal- und Sachmittel bereitgestellt werden. Wesentlicher Kern der Konzeption sind Änderungen des Schulverfassungsgesetzes, durch die die Stellung der Schulleitungen zu Lasten der Rechte der schulischen Gremien und damit der am Schulleben Beteiligten erheblich gestärkt werden sollen.

Die GEW BERLIN lehnt jede Abkehr vom Prinzip kollegialer Schulleitung und Hinwendung zum Direktorialprinzip entschieden ab. Sie fordert dagegen die Stärkung der Entscheidungskompetenzen der schulischen

ZeugInnen gesucht!

Es werden zum Nachweis, daß es am 22.11.1994 zwischen 11.00 und 12.00 Uhr zu rassistischen und faschistischen Provokationen gekommen ist, noch dringend ZeugInnen gesucht! Wer kann Hinweise zur Marzahner Fascho-Szene geben? (Bitte meldet Euch bei der Adresse im Impressum Seite 27)

EIN CLUB STELLT SICH VOR

BREAK

SchülerInnenclub an der Hans-Sachs-Oberschule

Vorbemerkung: Der nachfolgende Text stammt in Auszügen aus einer Selbstdarstellung von BREAK. Den Club gibt es seit September 1994 an der 2.OH. Rund 60 der gut 180 SchülerInnen besuchen regelmäßig den Club, wenn er nach der 6. Stunde öffnet und gegen 16.00 Uhr schließt. Aus ihrer Mitte wurde ein fünfköpfiger Beirat gewählt, der einmal wöchentlich tagt. Es gibt zwei feste MitarbeiterInnen mit jeweils einer 3/4 Stelle, sowie eine Mitarbeiterin mit voller Stelle, die aus einem Arbeitsförderungsprogramm finanziert wird. Die Projekt- und Kursangebote wie z.B. Computerkurs, Schneiderwerkstatt, Lernhilfen, Breakdance etc. werden von vier Honorarkräften (darunter ein Schüler der 2.OH) betreut. Träger der Einrichtung ist das Nachbarschaftsheim in der Urbanstr. in Kooperation mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (siehe Kasten). Für 1996 ist die Finanzierung von BREAK noch nicht gesichert. Dieser Club ist in Kreuzberg der einzige Schülerclub in einer Schule.

-bert

.....Über unsere bisherige Arbeit wissen wir von den besonderen Pro-

blemen, die Jugendliche mit oder ohne Hauptschulabschluß gerade in Kreuzberg haben. Schüler der Hans-Sachs-Oberschule kennen wir über unsere Arbeit im Nachbarschaftsheim und im Stadtteil. Es bot sich daher an, mit der Hans-Sachs-Oberschule zu erläutern, inwieweit sie eine Kooperation mit dem freien Träger Nachbarschaftsheim fördern und mitgestalten will. In intensiven Beratungen mit den zuständigen Schulgremien wurden Absprachen zur Nutzung von Räumlichkeiten und Ressourcen der Schule getroffen.

.....Der Arbeitsansatz beschränkt sich nicht auf ein weiteres sozialpädagogisches Angebot, sondern sieht seinen Schwerpunkt in der Beratung und Hilfestellung einzelner Schüler. In Einzel- und Gruppengesprächen sind die Mitarbeiter Ansprechpartner der Schülerinnen und Schüler. Break ermöglicht und fördert die Beteiligung und Mitarbeit der Schülerinnen, die Entwicklung verlässlicher Kooperationsformen und die Wiedergewin-



nung des Zutrauens in die eigenen Fähigkeiten. Die Schüler lernen Verantwortung für das eigene Tun zu übernehmen. Break entwickelt an der Praxis orientierte Lernhilfen, die das Bildungsangebot der Schule ergänzen. Erste Kenntnisse verschiedener Ausbildungsprofile werden in Zusammenarbeit mit Berufspraktikern in Projekten erworben. Unsere kleinen Lerngruppen ermöglichen eine individuelle Förderung der Schüler.

.....Wir legten von Anfang an Wert darauf, den Schülerinnen und Schülern Mitgestaltungs- und Mitentscheidungsangebote aufzuzeigen und zu ermöglichen. Das Angebot zur Übernahme von Verantwortung war für viele Schüler ungewohnt. Der Lebensraum Schule ist nach ihrem Empfinden und in ihrer Wahrnehmung nicht der Ort, an dem ihre Ideen gefragt sind und sie mit ihren Vorstellungen zum Zuge kommen können. Wir ermuntern die Schüler ausdrücklich, ihre Kritik zu äußern und Verbesserungsvorschläge einzubringen. So lernen Schüler, ihre Bedürfnisse, zu formulieren. Sie werden darin ernst genommen und erfahren die Umsetzung ihrer Anregungen und Ideen.

Über die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung

Rund 3,1 Millionen DM umfaßt 1995 das zum Berliner Sonderprogramm „Jugend mit Zukunft“ gehörende Teilprogramm für die Einrichtung von Schülerclubs. Unter der Zuständigkeit zweier Senatsverwaltungen - der für Schule, Berufsbildung und Sport und der für Jugend und Familie war bereits im vergangenen Jahr mit der Einrichtung solcher Clubs begonnen worden. Damit sollen besonders jene Kinder und Jugendlichen erreicht werden, die von den außerunterrichtlichen Angeboten der Schule und der Jugendarbeit bisher kaum Gebrauch machten. Mit der Förderung und Koordinierung des Teilprogramms ist die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung gGmbH betraut. Sie stellte dafür 1994 nochmals 800.000 DM zur Verfügung. Dies sind private Mittel der Robert Bosch Stiftung, der Körber Stiftung, der Freudenberg Stiftung und der Initiative „Teilen mit Ostdeutschland“. Ziel ist, die selbstgestalteten Frei-

zeitformen der Kinder und Jugendlichen zu unterstützen. Damit werden nicht nur zusätzliche Freizeitmöglichkeiten für den Nachmittag geschaffen. Ausdrücklich erwünscht ist außerdem, daß sich der außerunterrichtliche Bereich des Lernortes Schule mit seinen pädagogisch orientierten Angeboten mit freien Angeboten der Jugendarbeit verzahnt. Mit den Schülerclubs werden die Bedingungen so verbessert, daß Schule nicht nur als Lebensraum definiert wird, sondern von den Jugendlichen auch so empfunden werden kann. So gesehen, vermehren sich Schülerclubs als Focus für die Öffnung von Schule ins Schulumfeld, für ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und letztlich für einen schulreformerischen Ansatz. Gefördert werden etwa 60 Schülerclubs in allen Berliner Stadtbezirken und in allen Schularten. Schwerpunktmäßig werden allerdings Schulen in den östlichen Bezirken mit hoher

Schülerpopulation, wenig entwickelter sozialer Infrastruktur und geringen Freizeitangeboten unterstützt. Das Förder-volumen lag bisher, abhängig vom konkreten Projekt und der Größe der Schule, zwischen 40.000 und 135.000 DM. Voraussetzung für eine Förderung ist die Zusammenarbeit eines freien Trägers mit der Schule, die in einem Kooperationsvertrag fixiert ist. Träger der Schulclubs sind zum Beispiel die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen und die freien Träger unter dem Dachverband für soziokulturelle Arbeit. Das inhaltliche Spektrum ist sehr breit gefächert. Es reicht vom „aktiven Tier-schutz“ bis zur höchsten Kletterwand Berlins an der 3. Gesamtschule Hellersdorf, deren Schulclub Anfang November eingeweiht wurde.

Entnommen der FIPPOST 4/95, Wolliner Str.18/19, 10453 Berlin, Kontakt: Hilmar Franz

.....Neben freizeitpädagogischen Aktivitäten werden gerade die Einzelhilfen und Beratungen von den Schülern abgefragt und in Anspruch genommen. Mitarbeiter des Schülerclubs übernehmen „Elternfunktionen“ im beruflichen Übergang und sind Ansprechpartner für Schüler und Ausbildungsbetriebe. Die Zusammenarbeit mit Unternehmen und Ausbildungsbetrieben soll dazu verhelfen, eine realistische Einschätzung vom angestrebten Berufsziel zu gewinnen.

Break will dazu beitragen, ein stabiles Lehrverhältnis zu ermöglichen. Wir begleiten die Jugendlichen in ihre Ausbildung und setzen dabei auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern. Kontakte und Vernetzungen des Nachbarschaftsheim wirken sich positiv bei dem Versuch aus, gesellschaftlich relevante Kräfte für die Übernahme von Verantwortung für die Schülerinnen zu gewinnen.



Wieso "Öffnung der Schulen?" Die einzig interessante Reform wäre doch wohl die Schließung von Schulen.

Kinder „müssen“ lernen - Kinder lernen

Alternativen zum Elend der Staatsschule

von Peter Thiel

Daß Kinder lernen müssen, darüber besteht Konsens von CDU bis PDS. Was Erwachsene für wichtig halten, Karrieren, Autos, Kosmosforschung, Atom- und Gentechnologie, Mikroelektronik für intelligente Waffensysteme, dafür „müssen“ Kinder lernen. Daß sie le-nen „müssen“ unterstellt, daß sie ohne Zwang nicht lernen würden. Dies stimmt, insofern Kinder Lerngegenstände oktroyiert werden, die mit ihren Bedürfnissen nicht zu tun haben.

Kinder sind neugierig, sie wollen die Welt entdecken, ob es ihr eigener Körper, die Zahlen, die Schrift oder andere Menschen sind. Kinder lernen auch ohne Zwang, egal ob Zuckerbrot oder Peitsche, natürlich nicht immer das, was Erwachsene für wichtig halten. Fremdbestimmt „lernen müssen“ erzeugt Lern- und Verhaltensstörungen. Anpassung oder Verweigerung sind die Folge. Die Probleme sind nicht neu, aber wieder in der Diskussion, das Unbehagen über die staatliche Schule ist öffentlich.

Staatlich organisierte Erziehung und Bildung hat den Auftrag, das gesellschaftlich Bestehende zu erhalten und zu festigen. Schule bereitet auf

das Leben vor, so wie es nun einmal ist. Daher kann es nicht verwundern, wenn in der üblichen Schule, egal ob Grundschule, Hauptschule, Gesamtschule oder Gymnasium, tagtäglich Kinder und Jugendliche genötigt und diszipliniert - kurz gesagt erzogen werden. Damit ist nicht der Ekzess einzelner autoritärer Lehrer gemeint, es verkennt nicht das gute und engagierte Bemühen eines Teils der LehrerInnen. Gemeint ist der normale Alltag einer Schule, in der man kaum fragt, was Kinder brauchen.

Wieso fällt diese einfache Tatsache kaum jemanden auf, den Eltern nicht, den Lehrern nicht? Die Antwort ist einfach. Die Erwachsenen haben diese Schule hinter sich gebracht, die ihre Kinder noch vor sich haben. Sie mußten die Erfahrung machen, daß es keine Alternative gab, daß ein „Überleben“ nur durch Anpassung möglich war. Wenn Erwachsene, Eltern wie Lehrer ohne Verklärung an ihre Schulzeit denken, werden die meisten zugeben, daß sie die wenigste Zeit gern dort waren. Die damals erlebte Frustration wurde jedoch so verinnerlicht, daß sie inzwischen für normal und richtig angesehen wird und die eigenen Kinder oder Schüler der glei-

chen Nötigung ausgesetzt werden. Aus der psychotherapeutischen Praxis ist bekannt, daß Erwachsene, die als Kinder schwerer körperlicher oder seelischer Gewalt ausgesetzt waren, dies häufig zwanghaft an anderen wiederholen müssen. So schließt sich der Kreis, die Genötigten werden zu Nötigern, die Opfer zu Tätern.

Um aus diesem Teufelskreis herauszukommen, ist es notwendig, sich erstens der eigenen erlittenen Verletzungen bewußt zu werden und zum anderen nach einem neuen Umgang mit seinen Kindern, seinen Schülern zu suchen. Die individuelle Änderung ist erste Voraussetzung gesellschaftlicher Änderung. Sie allein schafft noch keine neue Schule.

Der Glaube an die Erneuerung der Staatsschule von innen heraus, gleicht der Geschichte des Münchhausen, sich selbst am Schopfe aus dem Sumpfe zu ziehen, zu groß sind die Trägheitskräfte und Widerstände des Kolosses. Wer sich dem Glauben hingibt, er könnte Lokführer sein und die Richtung bestimmen, vergißt, daß die Lokomotive auf Gleisen geführt wird, deren Richtung er nicht bestimmt. Wer denkt, er könnte wenigstens den Dampfdruck regulieren, wird feststellen, daß die wichtigsten Schalthelme gar nicht vorhanden sind. Wer trotz allem an die Reformierbarkeit der Staatsschule glaubt, mag sich dort verschleifen.

Es geht um Neubegründung von Schule als Freie Schule. Die Staatsschule wird ihren Nutzen daraus ziehen, wenn sie sich nicht verschließt. Neubegründung heißt nicht, nun alles ganz anders zu machen. Dies können und brauchen wir nicht. Wir sind in der Gesellschaft geworden und können nicht per Deklaration die neuen, besseren Menschen sein. Das Scheitern des Staatssozialismus hat das gezeigt. Wir müssen also damit leben, dem Alten verhaftet zu sein. Wir können uns schrittweise davon lösen, wenn wir darüber nachdenken, sprechen und beginnen zu verändern.

Wir müssen nicht alles anders machen, denn er ist auch Sinnvolles in dem Gewordenen, ob es nun Mathematik und Musik, Schreiben oder Lesen heißt.

Was im Kindergartenbereich schon üblich ist, eine Vielfalt von unterschiedlichen Angeboten von Freien Trägern, sollte auch im Schulwesen entstehen. Der Weg dahin ist dornenreich und steinig. Politikern und Beamten, selbst schulgeschädigt, fällt es schwer, Neues wenigstens zu tolerieren. Genehmigungsverfahren und finanzielle Restriktionen behindern Neubegründung enorm, ja machen es zu einem scheinbar hoffnungslosem Unterfangen. Freie Schulen zu gründen, ist wie Bergsteigen, mal versperrt ein überhängender Felsen den Weg, mal rutscht einem der Boden unter den Füßen weg, mal gibt es Streit unter der Seilschaft über den besten Weg. Wir wissen nicht, ob ein Unwetter uns zur Umkehr zwingt oder ob wir den Gipfel erreichen werden.

Wir können es trotzdem versuchen, für uns und unsere Kinder.

Dies ist ein Diskussionsbeitrag zum Artikel von K.-H. Schubert "Selbstbestimmung versus Fremdbestimmung" (trend 1/94). Meinungen, Kritiken und Anfragen bitte an den Autor: Peter Thiel, Gaillardstraße 19, 13187 Berlin

Leserbrief

Betr.: trend 1/94

Es ist erfreulich, wenn jemand nach den Versuchen der siebziger und achtziger Jahre das Thema Staatsschule im Kapitalismus wieder aufgreift und sich keine Denkverbote auferlegt. Jedoch: Ob der Sprachstil die Kolleginnen und Kollegen zum Lesen ermuntert? Der Autor spürt Tendenzen nach, „die als innere Entwicklungslogik der bürgerlichen Gesellschaft wirken und in der BRD als besonderer Widerspruch zwischen Staatsschule auf der einen Seite und Produktion und Markt auf der anderen in Erscheinung treten“. Anmerkungen und Fragen seien erlaubt.

zu „über staat und schule“

Ist in der BRD der Staat als Bildungsmonopolist heute eine typisch preußisch-deutsche Erscheinung? Großbritannien, Frankreich und andere Staaten haben auch ohne Preußentum und Faschismus im eigenen Lande ein äußerst rigides öffentliches Schulsystem (bis zur Schuluniform und Prügelstrafe) hervorgebracht. Die staatliche Zensur von Unterrichtsinhalten z.B. in Geschichte oder Deutsch scheint Schnee von gestern zu sein.

zu „feudale pflichtbeziehungen“

Resultat von Karl-Heinz Schubert: „Der Lehrer als Staatsdiener macht aus dem jungen Menschen einen Staatsbürger, bevor er außerhalb der Schule Bürger wird“. So, so. Wo bleiben die Familien, Freundinnen und Freunde, Großeltern usw. als Sozialisationsinstanzen? Als Bürger dieses Staates wirken sie an der Entwicklung der Kinder vom 1.-6. Lebensjahr in hohem Maße mit. Auch während der Schulzeit der Kinder/Jugendlichen verläuft die Entwicklung zum Erwachsenen - Staatsbürger parallel.

zu „staatsschule im niedergang“

An der möglichen Entwicklung einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus (Voraussetzung: voll herausgebildete bürgerliche Individuen) muß die Staatsschule zugrunde gehen, in dieser Allgemeinheit erscheint mir selbiger Gedankengang als interessante

Hypothese. Ihre Bestätigung steht noch aus. Was versteht der Autor unter einem bürgerlichen Individuum?

zu „kosmetische korrektoren“

Der von Manuela du Bois-Reymond gesehene/prognostizierte Zusammenbruch der Staatsschule mag vor der Tür stehen. Jedoch scheint mir eine Abschaffung der Schulpflicht (egal, ob als sinnvoll oder unsinnig bewertet) mittelfristig nicht im Sinne kapitalistischer Produktionsweise zu sein. Der Wunsch nach einer staatlichen Alimentierung eines Privatschulwesens klingt immer wieder verführerisch. Allein, noch fehlen die Kriterien für ein gutes Privatschulwesen: Begriffe wie „andere Form des Bildungserwerbs“, „produktiver Müßiggang“, autonomes Lernen usw. bleiben doch arg schwammig.

zu „autonome Schule und staat“

Der Kern der prinzipiellen Überlegungen schmort m. E. in Punkt 4. und 5. Dort steht sinngemäß: Kapitalistisch geführte, wirklich autonome Bildungseinrichtungen würden ohne staatliche Alimentation zwangsläufig zur Verschärfung der sozialen Frage führen. Daraus resultierte dann die Macht- und Herrschaftsfrage. Nehmen wir an, sie würde dann wirklich gestellt. Was dann?

Vorerst gilt für mich: Die Schule ist (immer noch) das Spiegelbild unseres kapitalistisch organisierten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Der Kapitalismus kriselt vor sich hin, aber die Produktivkräfte sind noch nicht auf ihrer höchsten Entfaltungsstufe angelangt, der Niedergang der Staatsschule wird sich vielleicht irgendwann nach dem Zusammenbruch des Kapitalismus vollziehen. Jetzt und demnächst freuen sich Kinder über Reformen in der Grundschule, der Run aufs Gymnasium wird bleiben, einzelne Gesamtschulen wagen pädagogische Reformen....., die staatliche Schule wird sich unabhängig von dem vom Autor Karl-Heinz Schubert postulierten Selbstbestimmungsbegriff weiterentwickeln.....

Herfried (Frido) Tietge

Böser Vorstand!

Offensichtlich ist der Vorstand der GEW BERLIN so unfähig, lahm und auf der falschen politischen Linie, daß er und da natürlich vor allem ich als Vorsitzender kräftige Tritte vors Schienenbein verdient haben. Da es aber die diversen Stückeschreiber des Trend 2/94 mit der Wahrheit nicht immer so genau nahmen, sind doch einige Richtigstellungen erforderlich. Um das Bild der GEW-Bonzen glaubhaft machen zu können, behauptet der Kommentator Günter Langer: „Die GEW-Spitze in der Ahornstraße wird fast ausnahmslos von vollständig freigestellten KollegInnen gestellt. ... Sie haben aber den Kontakt zu den einfachen Lehrerinnen zumeist eingebüßt... Als im Sommer die Nachricht von der für den 01.01.95 geplanten Einführung des Landesschulamtes die Runde machte, sah sich die GEW-Spitze monatelang außerstande zu sagen, wie die KollegInnen in den Schulen sich zu dieser Maßnahme verhalten würden.“

So ein Quatsch! Vom gesamten Vorstand bin ich der einzige, der für GEW-Tätigkeit vollständig freigestellt ist. Mein Antrag, mit einer bestimmten Stundenzahl weiterhin zu unterrichten, war vom Schulsenator nicht genehmigt worden. Es wird also weiter am Prinzip der Ehrenamtlichkeit festgehalten, was allerdings zu ständiger Überlastung und Selbstausbeutung der anderen Vorstandsmitglieder führt.

Am 12.07.94 wurde das Landesschulamts beschlossen. Am 13.07.94 war der letzte Schultag. Während Kommentator Günter Langer in den wohlverdienten Sommerferien weilte, habe ich bereits Stellungnahmen und Kommentierungen zum Landesschulamts erarbeitet, damit das gesamte Material zum Schulbeginn nach den Ferien bei den Kolleginnen ist. Von wegen „monatelang außerstande“.

Unter die Gürtellinie zielt dann auch

der Vorwurf der möglichen Korrumpierbarkeit des Vorstandes mit dem lächerlichen Verweis auf ein Tagesspiegel-Interview von mir, in dem ich das Landesschulamts mit einem Kropf verglichen habe, mit dem man zwar leben könne, der aber überflüssig und schädlich sei. Für das Gelbe vom Ei hielt ich die abgedruckte Formulierung auch nicht; aber so ein Interview wird telefonisch gegeben, und die Möglichkeit, Korrektur zu lesen, bestand nicht!

Zum Landesschulamts habe ich bestimmt 50 Seiten an Stellungnahmen, Presseerklärungen usw. formuliert. Und während manche auch in Kreuzberg von Anfang an meinten, das Landesschulamts sei sowieso nicht zu verhindern, habe ich es als meine Aufgabe gesehen, den Widerstand zu organisieren. Nur: Als die GEW BERLIN zur großen Demonstration am 15.11.94 anlässlich des SPD-Parteitages aufrief, fehlte fast die ganze GEW-Bezirksleitung Kreuzberg, sie blieben im Gegensatz zu anderen in Üdersee und schulten sich, sinnigerweise in Rhetorik!

Wenn im Trend 2/94 schon bedauert wird, die Bezirksleitung und der Personalrat müßten jetzt unter sehr großem Zeitdruck die durch das Landesschulamts verursachten Personalrats-

wahlen vorbereiten, zeigt dies nur, wie weit man sich offensichtlich mit seiner Errichtung in Kreuzberg schon abgefunden hat. Dabei sollten uns die vielen Zugeständnisse, die gemacht werden mußten, ermuntern, daß unser Widerstand, das Landesschulamts vollständig zu verhindern, durchaus Chancen hat, wenn wir weitermachen!

Wo ich schon mal beim Leserbriefschreiben bin: Auf Seite 3 wird unter dem Kürzel - bert offensichtlich die Sichtweise der Kreuzberger GEW zur Bundestagswahl kundgetan. CDU und SPD schneiden sowieso schlecht ab, aber auch die Grünen/AL sind offenbar nach Meinung der GEW-Kreuzberg nicht viel besser, denn sie wollen sich „die fehlenden Stimmen aus dem Lager der CDU-WählerInnen“ holen. Dagegen beschreibt - bert - mit großer Sympathie, daß die Kreuzberger PDS auf 7,5 % kam, weil auch Stammwähler von Bündnis/Grüne für die PDS stimmten. Diese Partei wird freundlich als „Gysis bunte Truppe“ beschrieben.

Tja, offensichtlich ist die Welt aus Kreuzberger GEW-Sicht so: Vorstand böse und lahm, Basis links und aktiv, PDS gut!

Erhard Laube



Impressum

Der **trend** wird herausgegeben von der Bezirksleitung der GEW Kreuzberg vertreten durch:
Gabi Berger c/o GEW BERLIN Ahornstr. 5 10787 Berlin
Alle nicht namentlich gekennzeichneten Artikel verantwortet die Redaktion.
Redaktion dieser Ausgabe:
Dellv Kretschmann und Günter Langer
Auflage: 2000
Layout und Satz: Karl-Heinz Schubert
Druck: GEW BERLIN
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 19.5.1995
Die Erscheinungsweise ist unregelmäßig. Wer mit dem PC arbeitet, sollte uns das Manuskript auf Diskette (Word, Wordperfect etc.) an die GEW BERLIN z. H. Gabi Berger schicken.

Aus dem Beschluß der Personalversammlung der LehrerInnen und ErzieherInnen im Bezirk Kreuzberg am 7.2.1995:

"Sollte es zu dem von der Staatsanwaltschaft angestrebten Gerichtsverfahren kommen, ruft sie alle Kreuzberger LehrerInnen zu einer Kundgebung vor dem Gerichtsgebäude auf der. Der Prozeß sollte von Kreuzberger Schulklassen beobachtet werden."

Keine Kriminalisierung unserer Schüler!

1. Prozeßtag

**Montag, den 19.6.1995 in Moabit
Soliveranstaltung am 13.6.1995**

**Nähere Informationen auf unserer MV am 7.6.1995 um
19.00 Uhr in der Hector-Peterson-Oberschule**